

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporture sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 30 Pfg. Vorausbezahlung.

Insertate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gespaltene Petitzelle kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II, zu senden.

Nr. 52.

Sonntag, den 25. Dezember.

1910.

Kampf jahraus, jahrein!

Alle reaktionären und kapitalistischen Machthaber sind wieder einmal eifrig am Werke, die trotz aller Bedrängnisse vorwärtsschreitenden Arbeiter mit wuchtigen Schlägen zurückzuwerfen und die Herrschaft der Besitzenden wieder mehr zu befestigen. Denn diese Herrschaft wird in der Tat immer mehr bedroht, je aufgeklärter die Arbeiter über die Quellen des Besitzes und über die auf den Besitz gegründete Macht sind. Es gibt keinen größeren Feind des Kapitals, als die Erkenntnis, daß es aus der Ausbeutung der Arbeiter stammt, die obendrein mit Hilfe des ihnen vorenthaltenen Teiles des Arbeitsertrages immer aufs neue ausgebeutet und unterdrückt werden.

Diese dem Kapitalismus, d. h. der Ausbeutewirtschaft feindselige Erkenntnis dringt in immer weitere Kreise der Arbeiter und treibt sie an, alle gesetzlichen Mittel zur Beseitigung dieser Wirtschaft anzuwenden. Das ist nicht nur ihr gutes Recht, es ist vielmehr ihre Pflicht — die Pflicht aller derer, die von gleicher Erkenntnis durchdrungen, dieses Unrecht gegen die arbeitende Menschheit ausstüben helfen müssen.

So lange freilich die Verteidiger dieser Wirtschaft die Macht in Händen haben, in konstitutionellen Staaten die Mehrheit der Gesetzgebung bilden, werden sie mit den Regierungen alle Machtmittel zur Aufrechterhaltung dieser Wirtschaft benützen. Trotzdem fühlen sie ihre Herrschaft bedroht, gerade durch die Ausnützung der gesetzlichen Mittel, die die fortgeschrittenen Arbeiter zur Weiterverbreitung der selbstgewonnenen Erkenntnis anwenden. Hier soll ein Riegel vorgeschoben werden. Deshalb brüten alle Machthaber und ihre Helfershelfer über Pläne, die nichts weniger als eine Verkümmern von Rechten und eine politische Vergewaltigung der Arbeiter bezwecken.

Dem Unternehmertum ist es schon höchst unangenehm, wenn die Arbeiter eine bescheidene Erhöhung ihrer Löhne oder irgendeine Erleichterung ihrer so schlecht gelohnten Arbeitslast verlangen, es ist daher leicht zur Zustimmung oder Unterstützung von Gewaltstreichern gegen die Arbeiter zu bewegen. Klugheitsgründe hindern es daran nicht, denn diese werden von der Profitgier überhäuft. Ueberdies sind die Unternehmer durch das Herrntum in ihren Betrieben zur Gewaltpolitik geradezu erzogen worden, so daß zwischen den ökonomischen und politischen Machthabern im bürgerlich-kapitalistischen Staate Uebereinstimmung besteht. Also der Wille zur Gewaltpolitik ist bei ihnen immer vorhanden, es kommt nur darauf an, ob er durchzuführen ist.

Jetzt soll wieder einmal der Versuch gemacht werden.

Wie? Das ist noch die große Frage —

Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie her — schrie jüngst der Chorus der Gewaltpolitiker.

Schutz der Ausbeutungsfreiheit, gegen die sich die Arbeiter aufbäumen — so schrie das profitgierige Ausbeutertum.

Zwischen diesen beiden Forderungen ist kein Unterschied, sie laufen auf das gleiche hinaus. Unverblümt genug haben beide Teile ihre Absichten enthüllt.

Wer aber soll sie verwirklichen und wie sollen sie verwirklicht werden? Ueber diese Frage wird vor der Öffentlichkeit ein widerliches Gaukelspiel getrieben.

Vor dem Reichstage lehnte der Reichskanzler ab, Ausnahmegesetze dem Reichstage vorzulegen. Rämten sie aus der Initiative des Reichstags, würde er sie natürlich sofort akzeptieren.

Da liegt aber der Knüttel beim Hunde! Parteien, die sich bei der gegenwärtigen Situation für Ausnahmegesetze erklären oder gar selbst solche fabrizieren würden, müssen befürchten, bei den nächstjährigen Reichstagswahlen schwer aufs Haupt geschlagen zu werden. Weil sie das Odium von Ausnahmegesetzen nicht auf sich nehmen wollen, verlangen sie, daß die Regierung die Initiative ergreift. Dazu ist nun die Regierung bereit. Die Angreifer zum Kampfe gegen die arbeitenden Klassen sind also bestimmt, es sind die verbündeten Regierungen, die als Mandatäre der besitzenden Klassen vorgehen wollen.

Nun ist nur noch Klarheit darüber zu schaffen, wie die Regierungen den Kampf führen wollen.

Ausnahmegesetze will der Reichskanzler dem Reichstage nicht vorlegen, aber die gemeinen Gesetze sollen Änderungen erfahren, die den Kampf speziell gegen die sozialdemokratische Partei und gegen die Gewerkschaften im schärfsten Sinne ermöglichen sollen.

Dadurch wird aber die Sache dem Wesen nach nicht verbessert, sondern verschlechtert. Die Verschärfung des gemeinen Rechts mit speziellen Bestimmungen, die die Ungleichberechtigung zwischen Arbeitern und Unternehmern, zwischen Herrschenden und Beherrschten noch mehr hervortreten lassen, als es jetzt schon der Fall ist, die Verfolgung einer politischen Partei ermöglichen oder den Arbeitern das Streiken unmöglich machen sollen — eine solche Verschlechterung des gemeinen Rechts muß

ebenso gefährlich, wenn nicht noch gefährlicher wirken, wie ein Ausnahmegesetz. Doch das würde sich ja in der Folge zeigen.

Für jetzt genügt es, zu wissen, daß die Reichsregierung auf diesem Wege vorgehen und die Beratung der Strafgesetznovelle im Reichstage zu diesem Zwecke ausnützen, entsprechende Änderungen dazu in Vorschlag bringen will.

Das sind die Aussichten für die arbeitenden Klassen am Ende dieses Jahres.

Wir wollen nicht ausmalen, wohin eine solch arbeitersfeindliche Politik führen und wie sie die Kämpfe zwischen den Herrschenden und Beherrschten, zwischen Arbeitern und Unternehmern auf die Spitze treiben muß, wir wollen nur die gegenwärtige Situation im öffentlichen Leben, speziell in der Gesetzgebung des Reichs schildern und die Arbeiter auf die Kämpfe vorbereiten, die sich in der letzten Session des Reichstags noch abspielen werden.

Aus der gegenwärtigen Lage der Dinge müssen nämlich die Arbeiter die Notwendigkeit erkennen, den letzten ihrer Arbeitskollegen über das aufzuklären, was ihnen bevorsteht, und den letzten Mann zum Kampfe gegen die beabsichtigte unerhörte Rechtsmache und Vergewaltigung aufzurufen.

Je mehr Arbeiter an diesem Kampfe teilnehmen, um so leichter wird der Vorstoß ihrer Feinde abgeschlagen werden können. Und der Erfolg ist um so sicherer, je enger sich die Kämpfenden zusammenschließen. Rüstammer und Fuchtboden, auf dem die Schulung zum Kampfe sich vollzieht, ist die Organisation. Hierher Arbeiter, hier ist euer Platz!

Gerade die Organisationen der Arbeiter sollen durch die verschärfte Gewaltpolitik der herrschenden Klassen getroffen werden. Dort ihre politische Organisation, die sozialdemokratische Partei — hier die Gewerkschaften, die wirtschaftlichen Organisationen, die den Arbeitern Schutz im Kampfe gegen ein ausbeuterisches Unternehmertum bieten.

Die Situation ist klar. Mag nun der Kampf im neuen Jahre schärfer einsetzen — die Arbeiter werden zu kämpfen wissen, sie sind des ununterbrochenen Kampfes gewohnt. Der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung verstärkt die Tatkraft der nach Erlösung und Befreiung Ringenden; Kampf eröffnet Aussicht auf Sieg, er rüttelt die Säulen auf, der Kampf für Freiheit und Recht ist ein belebendes Element für die arbeitenden Klassen.

Vorwärts Arbeiter! Die Reihen geschlossen! So marschieret dem neuen Kampfsjahr entgegen!

Die fortschreitende Einführung von Maschinen in der Zigarettenindustrie.

Die Produktion und Konsumtion von Zigaretten ist in Deutschland außerordentlich schnell gewachsen. Nach den Berichten der Tabak-Enquete-Kommission betrug die deutsche Zigarettenproduktion im Jahre 1877 nur 187 650 Mille. Im Jahre 1908 betrug die Produktion dagegen 5 694 491 Mille. Davon wurde ungefähr die Hälfte in Dresden hergestellt. Das gewaltige Anschwellen der Produktionsziffer hat seine Ursache in der immer mehr steigenden Anwendung von Zigarettenmaschinen.

Zur Herstellung dieser Gesamtproduktion wären bei Anwendung reiner Handarbeit, wenn man die Durchschnittsleistung eines Zigarettenhandarbeiters mit 1200 Stück pro Tag oder 360 000 Stück pro Jahr ansetzt, rund 16 000 Handarbeiter notwendig gewesen.

In Wahrheit beträgt die Zahl der in der Zigarettenindustrie beschäftigten Handarbeiter nicht die Hälfte dieser Zahl und ist in ständigem Rückgang begriffen.

Ende der 80 er Jahre des vorigen Jahrhunderts kamen die ersten großen Zigarettenmaschinen (System Bousac) aus Amerika. Seitdem hat sich in Deutschland selbst eine umfangreiche und leistungsfähige Maschinenindustrie entwickelt, die sich mit der Herstellung von Zigarettenmaschinen beschäftigt. Durch fortgesetzte Verbesserungen gelang es, die Maschinen auf eine Leistungsfähigkeit zu heben, so daß bei den neueren Systemen die Qualität ihrer Arbeit der Handarbeit nur wenig nachsteht.

Bei den Zigarettenmaschinen unterscheiden sich zwei Gruppen. Die Stopfmaschinen verarbeiten fertige Hüllsen, die erst auf besonderen Hüllsenmaschinen hergestellt werden müssen. In Betracht kommen diese Maschinen hauptsächlich für die Produktion von Zigaretten mit Mundstück. Für Zigaretten ohne Mundstück, sowie für solche mit Gold- und Korbmundstück werden automatisch arbeitende Zigarettenmaschinen verwandt. Diese Maschinen stellen die Hülle selbstständig her und versehen sie mit Auswurf. Gleichzeitig werden die Hüllsen mit Tabak gefüllt und abgeschnitten.

Die Leistungsfähigkeit dieser Maschinen ist eine enorme. So liefern Stopfmaschinen modernen Systems bis zu 70 000 Zigaretten pro Tag, während von den sogenannten Automaten 200 000 und mehr Zigaretten pro Tag fertig hergestellt werden können. Eine Stopfmaschine fordert als notwendige Ergänzung stets eine Hüllsenmaschine. Durch diese Maschinen wurde den Zigarettenmaschinen sozusagen erst der Weg geebnet. In der Ziga-

rettenindustrie war es allgemein üblich, daß die Zigarettenhandarbeiter an die 9—10 stündige Arbeitszeit im Fabrikbetriebe noch eine 2—3 stündige Heimarbeit anhängen mußten, um die für den nächsten Arbeitstag notwendigen Hüllsen herzustellen. Um die überlange Arbeitszeit zu kürzen, waren die Arbeiter gezwungen, bei den Fabrikanten auf Lieferung von Maschinenhüllsen zu drängen. Die Aufstellung von Hüllsenmaschinen folgte dann in den meisten Betrieben sehr bald die Verwendung von Zigarettenmaschinen. Häufig genug mußten die Zigarettenhandarbeiter nach wie vor ihre Hüllsen selbst fleben, weil die Maschinenhüllsen für die aufgestellten Stopfmaschinen verwendet wurden. Während die Verwendung von Maschinenhüllsen für die Produktion von Handarbeitszigaretten wegen der daraus resultierenden Verkürzung der Arbeitszeit durchaus zu begrüßen ist, wird die fortgesetzte steigende Verwendung von Zigarettenmaschinen die Situation für die in der Industrie beschäftigten Handarbeiter ungemein erschwert und die Zahl der Arbeitslosen gesteigert.

In welchem Maße die Handarbeiter aus der Produktion ausgeschaltet werden, zeigt folgendes Beispiel: In den drei größten Dresdner Zigarettenfabriken (Gästlein u. Söhne, Penidze und G. A. Jasmaghi) stehen allein 98 Hüllsenmaschinen mit einer Tagesleistung von über 6 Millionen Hüllsen und 58 Zigarettenmaschinen mit einer Tagesleistung von über 4½ Millionen Zigaretten im Betrieb. Durch diese Maschinen wird die Arbeit von rund 4500 Handarbeitern und Hüllsenklebern geleistet. An den Maschinen sind dagegen nur ca. 250 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt.

Obendrein werden den an den Maschinen beschäftigten Arbeitern recht schlechte Löhne gezahlt. Der Verdienst der Maschinenführer schwankt zwischen 25 und 40 Mk. pro Woche, während an die Maschinenarbeiterinnen Löhne von 12—18 Mk. pro Woche gezahlt werden. Die Herstellungskosten für ein Mille Maschinenzigaretten betragen meist nicht einmal 10 Prozent des Lohnes für Handarbeit.

Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn die Zahl der in der Industrie beschäftigten Handarbeiter dauernd zurückgeht. Bei Einführung der Zigarettenbanderolesteuer erklärten die Unternehmer, daß sie zur Herstellung der billigen Preislagen bis zu 2 Pfg. die Handarbeit nicht mehr verwenden könnten, sondern an deren Stelle Maschinenarbeit setzen müßten. Nebenbei bemerkt, umfassen die Zigaretten bis zur Preislage von 2 Pfg. nahezu 70 Prozent der Gesamtproduktion an Zigaretten. Man hat sich aber bemüht, die manuelle Produktion immer mehr auszuschalten. So werden in den obengenannten Betrieben Penidze und G. A. Jasmaghi Zigaretten bis zur Preislage von 5 Pfg. auf den Maschinen hergestellt. Eine Ausnahme macht die Firma A. M. Gästlein u. Söhne. Sie läßt alle Zigaretten in der Preislage von 2 Pfg. nach wie vor als Handarbeit herstellen.

Die stetig fortschreitende Ersetzung der Handarbeit durch Maschinenarbeit und die daraus resultierende schlechte Lage der Arbeiter in der Zigarettenindustrie sollte den Arbeitern eigentlich genügende Veranlassung sein, um eine Besserung ihrer Lage anzustreben. Jeder Fortschritt der Technik bringt den Unternehmern eine immense Steigerung ihres Gewinnes. Für die Arbeiter ergibt sich jedoch zumeist eine Verschlechterung ihrer Lage durch größere Arbeitslosigkeit und weitere Herabdrückung ihres Verdienstes. Mit bloßem Schimpfen auf die arbeitssparenden Maschinen ist freilich nichts getan, um dieser Tendenz entgegenzuwirken. Dazu gehört ein fester Zusammenschluß aller Berufsangehörigen in ihrer Organisation.

Daß es möglich ist, die Fortschritte der Technik auch für die Arbeiter nutzbar zu machen, beweisen uns eine ganze Anzahl anderer Berufe, in denen bei der Einführung von Maschinen oder verbesserten Arbeitsmethoden eine ganz bedeutende Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes erreicht werden konnte. Das war freilich nur zu erreichen durch eine starke Organisation der Arbeiter in diesen Berufen. Auch bei uns gilt es, vor allem dieses Ziel zu erreichen. Am Ausbau der Organisation mitzuwirken, ist Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin. Auf! An die Arbeit!

Die Barmherzigkeit der Breslauer Oberzolldirektion.

In Nr. 49 des Tabak-Arbeiter deckten wir wieder einmal die arbeiterfreundliche Haltung der Breslauer Oberzolldirektion auf, die durch eine unzulässige Auslegung und Handhabung des Artikels II a des Tabaksteuergesetzes und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen den durch das Tabaksteuergesetz arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern die sowieso winzige Staatsunterstützung entzog.

Gegen dieses zu verurteilende Verfahren ist Beschwerde bei dem preussischen Finanzminister erhoben worden, die aber bis heute, trotzdem wieder ein Monat verfloßen noch nicht beantwortet ist.

Dagegen ereignete sich vor mehreren Tagen folgendes: Ein Vertreter der Behörde erschien bei einigen der abgewiesenen Unterstützungsanwärtern. Er händigte einer Wiedelmacherin, Frau Kalauische, 4 Pfennig aus, ebenso der Wiedelmacherin Frau Wende. Auch noch einige andere erhielten diese „Unterstützung“; in einem Falle sind sogar nur 2 Pfennig ausgehändigt worden. Insgesamt sind auf diese Weise

dreißig Pfennige

zur Verteilung gekommen.

Der Beamte erklärte, diese Summe sei von ehemals noch in der Kasse verblieben.

Was soll man nun an diesem Vorgehen der Zollbehörde mehr bewundern? Die Gewissenhaftigkeit, mit der sie den Rest der Kasse — wieviel entfällt er? — verteilt, oder die Verschwendung der Arbeitskraft eines Beamten, der mit der Verteilung dieser Bettelpfennige die kostbare Zeit des preußischen Bureautrismus vergeudet?

Dass die arbeitslos gemachten Arbeiterinnen diese Verteilung als eine blutige Verhöhnung ihrer traurigen Lage empfinden mußten, leuchtet ein.

Wir fragen aber: Darf im Staate Preußen so mit der Arbeitskraft der Beamten Vergeudung getrieben werden, die doch aus den Steuern der Staatsbürger bezahlt werden muß? Wo bleiben und was tun denn die Oberbehörden, wenn sich unter ihren Augen derartiges ungerügt abspielen darf? War es etwa gar Absicht, die Arbeiterinnen, die gegen die Unterstützungsentziehung durch die Breslauer Oberzolldirektion Beschwerde erhoben hatten, zu kränken?

Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß eine dieser Fragen von zuständiger Stelle im aufklärenden Sinne beantwortet werde und besonders die Breslauer Zollbehörden werden nach ihrer bisherigen Haltung ihnen kein Gewicht beilegen. Aber die berechtigte Aufmerksamkeit dieser Fragen zeigt uns die Zustände im Staate Preußen, wo der Bureautrismus uns so herrlich regiert.

Eine besondere Weihnachtsfreude

will die Regierung einer Anzahl Tabakarbeiter machen, welche die Mißere der Tabaksteuer durchmachen mußten. Von einer Anzahl Orten wird uns gemeldet, daß die Zollbehörden Rückzahlungen von angeblich zu unrecht gezahlten Unterstützungen verlangen. In den „Rückzahlungsbefehlen“ heißt es: daß auf Grund erfolgter Rechnungsprüfungen und Anweisung des Reichsschatzamts die Rückzahlungen verlangt werden. In einem Falle (Osterode am Harz) schreiben uns die Kollegen: „Unsere Steuerbehörde verlangt von den Kollegen Rückzahlung von Staatsunterstützung für zwei Tage vom vorigen Jahr. Da der Durchschnittsverdienst auch auf die Festtage berechnet ist, so haben die Kollegen die Rückzahlung verweigert. Die Steuerbehörde erklärte, vom Reichsschatzamt dazu verlastet zu sein.“

Von Herzberg wird gemeldet, daß dort gleichfalls Rückzahlungen verlangt werden. Ein Kollege bemerkte dazu folgendes: Ich erhielt in meiner ersten Arbeitslosigkeit eine Unterstützung von 15.69 Mk. Bei der Nachprüfung ergab sich, daß bei der Angabe des Jahresverdienstes ein Fabrikant drei Wochen zu wenig angegeben hatte und erhielt ich dann in der zweiten Arbeitslosenperiode eine höhere Unterstützung. Ich mußte doch nun naturgemäß die Differenz für die erste Unterstützungsperiode nachgezahlt erhalten. Auf dem Zollamt wurde mir erklärt, „das wird alles noch nachgeprüft und werden Sie belästigt erhalten“. Statt nun etwas nachgezahlt zu erhalten, bekomme ich jetzt die Aufforderung, eine Rückzahlung von 5.60 Mk. bis zum 20. Dezember 1910 zu leisten.“

Das sind ja fürwahr recht nette Geschichten. Da können sich die armen Kollegen ja auf Weihnachtsüberreichungen von Seiten der Behörden gefaßt machen. Es hat wahrhaftig den Anschein, als wenn die Regierung zu all dem Jammer der Arbeitslosigkeit und deren Folgen noch den Hohn für die armen Arbeiter hinzufügen will. Es fehlt nun noch bloß, daß die Regierung die durch die Steuererhebung auf das tiefste gedrückten und geschädigten Arbeiter noch auspöndeln lassen will und das noch am Feste der „christlichen Nächstenliebe“.

Wir raten allen mit derartigen Aufforderungen „beglückten“ Kollegen, die Rückzahlung zu verweigern, und wenn auf Zahlung bestanden wird, bei den zuständigen Instanzen Beschwerde einzulegen. In der Regel liegt die Sache so, daß die Behörden sich bei Berechnung der Unterstützungen selbst nicht klar gewesen sind und häufig Unterstützungen zu ungunsten der Arbeiter ausgezahlt sind. Wie gemeldet wird, haben in vielen Fällen die Behörden nicht nach der maßgebenden Berechnungsmethode gehandelt, indem die wirklich geleisteten Arbeitstage in den Verdienst zu dividieren waren.

Die Unterstützungen sind also vielfach zuungunsten der arbeitslosen Arbeiter berechnet und gezahlt worden. Wird etwa Rückzahlung ebenso prompt angewiesen, wie man die Rückzahlungen verlangt? Wir vermuten, daß die Eintreibung dieser nach Ansicht der Nachprüfungs-Kommission zu unrecht ausgezahlten Pfennige und Groschen dem Reichsschatzamt mehr Unkosten verursachen wird, als wie die verlangten Rückzahlungen ausmachen. Im übrigen wird wohl an zuständiger Stelle noch ein Wortlein über diese besondere Weihnachtsfreude für die geschädigten Tabakarbeiter geredet werden. Es lebe der gute Vater Staat und seine liebe Bureautrafik!

Rundschau.

Der Reichszentralrat und die Staatsarbeiter. Das Kartell deutscher Reichs- und Staatsarbeiter-Verbände hat am 23. September eine Eingabe an den Reichszentralrat gerichtet, die die Gründung des Kartells anzeigt und um Aufbesserung der Löhne ersucht. Fast drei Monate später hat der Reichszentralrat diesen — natürlich durchaus national gesinnten — Arbeitern folgende kühle, vom 11. Dezember datierte Antwort zugehen lassen:

„Von der Gründung des Kartells deutscher Reichs- und Staatsarbeiter-Verbände habe ich Kenntnis genommen. Ich spreche die zuversichtliche Erwartung aus, daß das Kartell getreu seinen Satzungen, sich die Pflege nationaler und vaterländischer Gesinnung angelegen sein läßt.“

Zu der mir gleichzeitig überreichten Resolution um Herbeiführung einer allgemeinen Lohnerhöhung Stellung zu nehmen, bin ich nicht in der Lage. Für die

Gestaltung des Arbeitsverhältnisses der Reichsarbeiter sind zunächst die einzelnen Fachbehörden und für die Regelung des Arbeitsverhältnisses der Staatsarbeiter sind die Bundesstaaten, nicht das Reich zuständig. Ich muß es aus diesem Grund den einzelnen in dem Kartell vertretenen Verbänden überlassen, sich wegen etwaiger Wünsche an die zuständigen Behörden des Reiches oder der Bundesstaaten zu wenden.“

Wenn der Reichszentralrat zu den Agrariern etwa im deutschen Landwirtschaftsrat oder sonst einem agrarischen Konventikel spricht, dann findet er wesentlich wärmere Töne; obwohl er auch nicht zuständig für die einzelnen Wünsche der Agrarier ist, nimmt er keinen Anstand, deren Erfüllung begehrtes Wohlwollen zu verheihen.

Die Arbeitslosenversicherung ist in Schöneberg angenommen. Der Ausschuß, der zur Prüfung des Statuts zur Einführung einer Arbeitslosenversicherung von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzt war, hat, wie wir hören, das vom Magistrat vorgeschlagene Statut mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen. Er empfiehlt den Stadtverordneten gleichfalls, die Vorlage anzunehmen. Die Einführung der Arbeitslosenversicherung in Schöneberg ist damit gesichert.

Zentrum und Arbeitskammergelei. In einer Polemik gegen die Freistündige Zeitung vertritt die Germania vom 17. Dezember:

Auf die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre wird das Zentrum jedenfalls nicht verzichten. Ob sich eine das Zentrum zufriedenstellende andere Fassung finden wird, müssen wir abwarten. Der Staatssekretär sprach davon, daß man ja später, wenn das Gesetz die erhoffte, friedliche Wirkung gehabt, vielleicht einmal den Widerstand gegen die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre aufgeben könne. Diese, zudem noch sehr unbestimmte Zusage, kann das Zentrum schwerlich befriedigen.

Große Bestimmtheit spricht nicht aus dieser Erklärung, sie steht im Gegenteil einer Vorbereitung zum Umfall verzeiwelt ähnlich.

Die Bäckereiverordnung gibt dem Germaniaverband immer wieder Veranlassung, Petitionen beim Reichstag einzureichen, um an den im Gewerbe bestehenden Schuttsvorschriften zu rütteln. Die Meister wollen insbesondere die Sonntagsruhe verfürzen, indem sie den Verkauf im Ladengeschäft schon vor 7 Uhr morgens verlangen. Andererseits ist die Arbeiterschaft bemüht, die Fürsorge auszubauen, insbesondere ausreichende Ruhepausen innerhalb der anstrengenden und langwährenden Tätigkeit der Bäckergehilfen gesetzlich einzuführen. So fordert eine der von den Gehilfen an den Reichstag gekommenen Petitionen die sechsunddreißigstündige Arbeitsunterbrechung in jeder Woche. Dabei machte ein Mitglied der Kommission, ein früherer Bäckermeister, die Bemerkung, daß sich der Maximalarbeitstag in den Bäckereien bewährt habe und daß man gegen Angriffe auf ihn zur Tagesordnung übergehen könnte. Die Kommission beschloß, die Ueberweisung sämtlicher eingereicherter Petitionen als Material an den Reichszentralrat dem Plenum vorzuschlagen.

Christliche und Streikbrecher. Bei der Gewerbegerichtswahl in Goch, die den freien Gewerkschaften zwei Mandate einbrachte, schleppten die lieben Christen mit ihren Verbündeten eifrig die Wähler heran. Sie scheuten sich dabei nicht des ekelhaftesten Vorgehens. Die Arbeiter der Schuhfabrik Bölling stehen im Streik. Es hatten sich einige Rausreißer gefunden, die sich der besonderen Günst der Firma erfreuten. Solchen Elementen ist die anständige Arbeiterschaft gewohnt, aus dem Wege zu gehen. Die Christen aber dachten anders, ihnen waren die Arbeitswilligen gerade gut, um ihre Liste gegenüber der der freien Gewerkschaften zum Siege zu führen. Sie gaben sich alle Mühe, die „nützlichen“ Leute zum Wahllokal zu schleppen. Wie werden sich diese geschmeichelt gefühlt haben, als die schwarze Kolonne sie umschwärzte und mit honig süßen Worten sie zu überreden suchte, doch ja für die Zentrumsgelehrten zu stimmen. Wunderbar erscheinen deren Bemühungen nicht, wenn man sich vergegenwärtigt, wie nach und nach der Streikbruch im Christenlager in die Reihe der Kampfmittel wider die freien Gewerkschaften aufgenommen worden ist. Gleich und gleich gesellt sich gern und namentlich dann, wenn das Wasser bis zum Hals steht. Aber immerhin ist das Betteln um Wahlhilfe bei Arbeitswilligen ein Vorgang, der kennzeichnend für die Christlichen sein dürfte. Trotz alledem bekamen die freien Gewerkschaften bei der Wahl zur Ortskrankenkasse auf den ersten Ansturm 175 Stimmen, und bei der Gewerbegerichtswahl gelang es ihnen sogar, 2 Vertreter von 8 zu wählenden durchzubringen. Die Arbeiter machen die Augen auf, fangen an, die „fruchtbare“ Arbeit der Zentrumsparthei in den Parlamenten als eine für sie „furchtbare“ zu erkennen, und die Folge ist, daß sie dieser „Volksparthei“ die Gefolgschaft verlagern. Gewählt wurden zum Gewerbegericht unsere Kollegen Karl v. Sambeck und Joh. Rothgang.

„Wir haben kein Interesse an den Tabakarbeitern.“ Der Syndikus der Mindener Handelskammer, Hindenberg, erzählt in einem von ihm herausgegebenen Buche: Ein Abchnitt aus dem Tabaksteuerkampf, daß er während der Steuerberatungen im Reichstag auch mit dem christlichsozialen Abgeordneten Dr. Burckhardt verhandelt habe. Im Verlaufe der Unterredung habe ihm Dr. Burckhardt gesagt:

„Mir ist mitgeteilt worden, daß Sie in Ihrem Wahlkreis uns schlecht machen; ich kann Ihnen nur sagen, daß wir eigentlich gar kein Interesse an Ihren Tabakarbeitern haben, und daß unsere Partei sich bei ihrem weiteren Verhalten, Befolgung der Kommissionen usw., danach richten wird.“

Hindenberg berichtet weiter:

„Ich mache Herrn Dr. Burckhardt darauf aufmerksam, daß ich doch wirklich nicht annehmen könne, daß seine Partei die Stellungnahme zur Tabaksteuer von meiner Stellung zu seiner Partei abhängig machen werde. Herr Dr. Burckhardt schien einzusehen, daß er sich durch seine Worte eine gefährliche Blöße gegeben hatte und erwiderte, er habe nur geschertzt.“

Wer wird ihm das glauben? Die Tabakarbeiter wohl nicht.

Gewerbegerichtswahl in Rempten. Die am Sonntag in Rempten stattgefundene Wahl der Arbeitnehmerbetreuer zum Gewerbegericht brachte der freigewerkschaftlich

organisierten Arbeiterschaft einen erfreulichen Erfolg. Von rund 1000 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Liste des Gewerkschaftsvereins 628, auf die Liste der mit den katholischen Arbeitervereinen vereinigten christlichen Gewerkschaften 209 und auf die Liste der liberalen Arbeiter 153 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erzielten gegenüber der letzten Wahl vor drei Jahren einen Gewinn von rund 300 Stimmen. Auf die freien Gewerkschaften entfielen 6 Beisitzer und 4 Ersatzmänner, auf die beiden gegnerischen Listen je zwei Beisitzer und ein Ersatzmann. Der Stimmenzuwachs der freien Gewerkschaften wäre noch erheblich höher, wenn nicht eine große Zahl Wähler unzureichenderweise an der Ausübung ihres Wahlrechts verhindert worden wären.

Material für die Feinde der Selbstverwaltung in den Krankenkassen. In der Reichsversicherungskommission haben die Zentrumsabgeordneten mit Nationalliberalen und Konservativen um die Wette über „sozialdemokratischen Terrorismus“ gezeigert und die Vorschläge der Regierung auf Vernichtung der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen verteidigt und durchdrücken helfen. Jetzt kommt aus dem Ministerialen Beuthen (Oberschlesien) die Nachricht über eine von den Schwarzen geleitete Krankenkasse, die zeigt, in welchen Kassen Mißstände herrschen. Es bestehen dort zwei Kassen, A und B. In der B-Ortskassen haben die Schwarzen das Heft in den Händen. In der letzten Generalversammlung dieser Kasse brachten nun mehrere Unternehmer eine Reihe von Mißständen zur Sprache. Der Vorstand hat dem Vorsitzenden für seine Bemühungen 1000 Mk. bewilligt, die auch vom Rentanten ausgezahlt wurden. (In der A-Ortskassen erhält der Vorsitzende jährlich 200 Mk., und diese Kasse ist wesentlich größer.) Auf Anweisung des Vorsitzenden wurden die Kurfürsten für ein Dienstmädchen bezahlt, das nicht Mitglied war. Dem Rentanten wurde eine Weihnachtsgratifikation von 500 Mk. und außerdem für den Besuch der hygienischen Ausstellung in Frankfurt weitere 500 Mk. bewilligt, ohne daß die Generalversammlung der Kasse ihre Zustimmung erteilt hatte. Drei Vorstandsmitglieder erhielten für den Besuch des Krankentages in Breslau je 80 Mk. Tagesdiäten und Reisegeld. Endlich soll jetzt der Rentant ohne Genehmigung der Generalversammlung vorzeitig pensioniert werden. Als der Vorstand sich wegen dieser Ausgaben verantworten sollte, verstand er aus der Generalversammlung und machte sie illusorisch. Schließlich befahl der Vorstand noch die Kassen, den Vertretern der Kassenmitglieder die Polizei auf den Hals zu setzen. In der Einladung zur neuen Generalversammlung heißt es ausdrücklich, daß nur über die Gegenstände der Tagesordnung verhandelt werden darf, alle Anträge usw. sollen in einer später einzuberufenden Generalversammlung besprochen werden. Der Vorsitzende hat die Tagesordnung so aufgestellt, daß eine Kritik seiner Handlungen hierbei ausgeschlossen ist. Sonderbarerweise scheint die Aufsichtsbehörde von diesen Zuständen noch nichts zu wissen, denn bis jetzt ist nichts gegen den Vorstand unternommen worden. Wenn es sich um eine von Sozialdemokraten geleitete Kasse handelte, wäre das Geschrei in den Ministerialen Blättern über die Mißwirtschaft in sozialdemokratischen Kassen natürlich wieder groß.

Tabakanbau im Jahre 1910. Der Tabakanbau in Deutschland, der im vorigen Jahr beim Vergleich mit den früheren Jahren wesentlich gestiegen war, zeigt nach der Zusammenstellung des kaiserlichen statistischen Amtes im Jahre 1910 einen Rückgang, der wohl nicht zum wenigsten durch den ungünstigen Geschäftsgang in der Tabakindustrie veranlaßt sein wird. Im Jahre 1908 hatte er 14 525 und im Jahre 1909 16 185 Hektar betragen, im Jahre 1910 ist er auf 15 421 Hektar gesunken. An dem Rückgang ist Baden am meisten beteiligt, wo sich der Flächeninhalt der mit Tabak bebauten Grundstücke von 7136 auf 6572, also um 564 Hektar, vermindert hat. Bayern zeigt einen Rückgang von 2631 auf 2444 Hektar, Preußen dagegen eine Zunahme von 3945 auf 4053 Hektar und Elsaß-Lothringen eine solche von 1470 auf 1484 Hektar. Die andern Länder kommen für den Tabakanbau nicht sehr in Betracht. In der Provinz Brandenburg ist der Flächeninhalt von 1824 auf 1859 Hektar gestiegen. Ueber die diesjährige Tabakernte liegen noch keine Angaben vor.

Die Nützlichkeit der Arbeitswilligen. In der Rastatter Waggonfabrik streifen seit einigen Wochen die Metallarbeiter und Holzarbeiter. Die Streikbrecheragenturfirma Witte Müller in Hamburg hat nach dort hin eine Kollektion Arbeitswilliger geliefert. Als ein Meister der Firma von einem dieser Helden Arbeit verlangte, bekam er zur Antwort: „Wir sind nicht zum Arbeiten gekommen, wir wollen bloß Geld, wir wollen bloß den Streik brechen!“ Genau nach dem Rezept des Hinge.

Ein deutscher Heimarbeitertag wird am 12. Januar 1911 in Berlin stattfinden, in der Neuen Philharmonie, Röniger Straße 98/97. Die Heimarbeiter und ihre Freunde wollen bei dieser Tagung in letzter Stunde, ehe im Reichstag über das Hausarbeitsgesetz Beschluß gefaßt wird, in einer einträchtigen Kundgebung noch einmal die Forderungen erneuern, die durch das Hausarbeitsgesetz erfüllt werden müssen, wenn den schweren Mißständen der Heimarbeit gesteuert werden soll. Zu dieser Kundgebung werden sich Heimarbeiter aus allen Bezirken und aus allen Teilen Deutschlands und Freunde der Heimarbeiter aus den bürgerlichen Ständen vereinen, bei Vermeidung aller politischen Tendenzen und ohne Unterschied der gewerkschaftlichen Richtungen. Die Tagung wird vorbereitet durch einen Aktionsausschuß, an dessen Spitze Professor Dr. Ernst Brande Berlin steht und dem ferner angehören Fräulein Margarete Behm und die Herren Ingenieur Bernhard, Giesberts, M. d. R., Goldschmidt, Krüger, Sassenbach, Robert Schmidt, M. d. R. Das Hauptreferat hat Herr Professor Dr. Robert Hilbrandt-Ebingen übernommen. Die Geschäftsstelle ist das Bureau für Sozialpolitik, Berlin, Rollendorfstraße 29/30.

Berichte.

Berlin. Die ordentliche Mitgliederversammlung der Arbeitervereine Berlin fand etwas verspätet, am 16. Dezember, in den Muskerfälen statt. Aus der Abrechnung für das dritte Quartal ist zu bemerken, daß in der Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe 5707.60 Mk. zu verzeichnen sind. Die Lokalkasse bilanziert mit 8344.10 Mk. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Schulze einen Vortrag über das Thema: Welche Maßnahmen treffen wir in der gegenwärtigen Situation? Der Redner führte etwa folgendes aus:

Während vor 25 bis 30 Jahren der den Arbeitern fast aller Branchen gezahlte Barlohn ein äußerst geringer war, hat sich die Arbeiterschaft mit der Fortentwicklung der Industrie und Technik durch die Organisation ihr Plätzchen an der Sonne erobert. Bei den Tabakarbeitern liegt das vielfach gerade umgekehrt. In

Kapitalistischer Kindermord in der Demokratie.

Es ist eine traurige Tatsache für die Kinder der Armen, daß sie in einem demokratisch regierten Gemeinwesen ebenso schamlos ausgebeutet werden, wie unter dem Absolutismus in der Monarchie. Und es ist zugleich eine tiefe Lehre, daß alle politischen Freiheiten eines Landes nicht verhindern, daß in eben demselben Lande mit der menschlichen Arbeitskraft Schindluder getrieben werden darf. Das aber ist in der Schweiz der Fall. Was haben unsere Genossen dort nicht alles auf politischem Gebiet erreicht! Sozialdemokratische Mehrheiten in Gemeinden, sozialdemokratische Polizeipräsidenten, Minister, Pfarrer, Lehrer usw. gibt es seit Jahren. Aber der Ausbeutungssucht kapitalistischer Profitjäger ist damit der Boden nicht abgegraben.

Das zeigt ein Blick auf eine soeben veröffentlichte Enquete über die Kinderarbeit in der Spinnfabrikation von St. Gallen und Umgegend, die ein erschreckendes Bild sozialen Elends liefert und zugleich einen Schandfleck für die demokratische Schweiz bedeutet.

In St. Gallen ist die Heimindustrie etwa so „zu Hause“, wie bei uns in Thüringen, im Riesenz-, Eulen- und Laufer Gebirge, es ist dort das klassische Land der Kinderarbeit. Von den dort vorhandenen 43 832 Schulkindern waren genau ein viertes Drittel, 14 218, erwerbstätig! Ja, in einigen Bezirken waren sogar 53 bis 58 Prozent aller Kinder gezwungen, den reichen Stickerfabrikanten für ein paar Bettelpennige zu dienen, damit die Eltern nicht verhungern! Wohl ist für die Fabriken auch in der Schweiz die Kinderarbeit gesetzlich verboten, allein die Fabrikanten umgehen das Verbot dadurch, daß sie den Kindern die Arbeit ins ärmliche Heim schicken.

Geradezu unerhört ist es, daß man sogar Kinder im Alter von unter 8 Jahren zur Erwerbsarbeit verwendet. Von den 14 218 arbeitenden Kindern waren 13,4 Prozent im Alter von 6—8 Jahren! Rund 21 Prozent waren 8—10 Jahre alt, 30 Prozent waren 10—12 Jahre, 33 Prozent über 12 und nur 3,2 Prozent über 14 Jahre alt! „Ein wenig Arbeit schadet den Kindern nichts, die bekommt ihnen besser als das Herumlungern auf der Straße.“ So faseln bei jeder Gelegenheit unsere Gegner. Ein wenig Arbeit! Sehen wir uns aber einmal dieses „ein wenig“ an: Nur 5,2 Prozent der Kinder arbeiten täglich 2 Stunden, während 6,8 Prozent bis zu 4 Stunden, 7,5 Prozent bis zu 6 Stunden, 11,4 Prozent bis zu 8 Stunden, 13,3 Prozent bis zu 10 Stunden und gar 14,4 Prozent über 10 Stunden täglich arbeiten mußten! Rund 2000 Kinder mußten also eine tägliche Arbeitszeit aushalten, die kaum ein erwachsener Fabrikarbeiter ohne Schädigung seiner Gesundheit erträgt!

Dabei hat es das Kind noch schlimmer als der Erwachsene: Es muß neben der Arbeit noch die Pflichten der Schule erfüllen, muß täglich mindestens 6 Stunden Schularbeiten, die allein anstrengend genug sind, leisten, so daß es einleuchtend ist, daß der jugendliche Organismus, wenn er nicht einfach zusammenbricht, so doch für das ganze Leben geschwächt wird. Und es leuchtet weiter ein, daß es der Mangel an Lebensfreude in der Kindheit ist, der die Kinder und Jugendlichen in ihrem moralischen Handeln ungünstig beeinflusst, und nicht, wie die Phrase auch im Alpenlande lautet, der Mangel an religiöser Erziehung. Und da wundern sich die Schweizer Bürger über die ständig wahrnehmbare Abnahme der Wehrkraft! Als wenn es nicht ganz klar wäre, daß diese schändliche Kinderarbeit am Marke des Volkes zehrt.

Und um nichts besser stellt sich diese Kinderarbeit dar, wenn man ferner vernimmt, daß es so vielfach gerade Arbeiter und Bauern sind, die ihre eigenen Kinder ins Joch der Ausbeutung spannen. Arbeiter und Kleinbauern leiden unter der Agrarpolitik, die Bodenzersplitterung und Preissteigerung des Grund und Bodens zur Folge hat und für den ersten teuren Lebensmittel und für den letzteren hohe Zinsen. Beim Arbeiter kommt der niedrige Lohn in diesen Gegenden hinzu und die Unsicherheit des Verdienstes infolge ständiger Krisengefahr und anderes mehr, alles Dinge, die zu den Ursachen der Ausbeutung der eigenen Kinder gehören. Es ist klar, daß nur eine starke Arbeiterbewegung hier Wandel schaffen kann.

Die Tarifrage.

Bei der Erwägung, ob Tarifverträge sein sollen oder nicht, haben wir uns also zu fragen, bringt der Tarifvertrag für die Organisation Vorteil, wird auf diesem Wege das Lohn- und Arbeitsverhältnis gebessert, steigt damit der Einfluß und die Macht der Organisation. Daß die Tarife bis heute für die Gewerkschaften diesen Vorteil gebracht haben, wird von keiner Seite ernstlich bezweifelt werden können. Die Macht, der Einfluß der Gewerkschaften auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist durch den Abschluß von Tarifverträgen gestiegen, denn offensichtlich hatten die Gewerkschaften vor der Einführung von Tarifen diesen Einfluß nicht, sie hatten kaum einen Einfluß auf einzelne Orte, geschweige denn auf ein ganzes Ländergebiet. Diese Errungenschaft verdanken sowohl die englischen als auch die deutschen Gewerkschaften dem Abschluß von Tarifverträgen. Daß zwischen den Tarifperioden Ruhepausen für die Kämpfenden eintreten, liegt in der Natur der Sache, aber das ist doch kein Fehler!

Selbst wenn wir keine Tarife hätten, wäre ein ununterbrochener Kampf ausgeschlossen, das geht aus deutlichsten daraus hervor, daß auch vor dem Abschluß langfristiger Tarifverträge einzelne Orte nach dem Kampfe lange Jahre sich erholen mußten, ja vielfach hatten diese, in der Kampflosigkeit liegenden Ruhepausen länger gedauert als heute die Tarifrufen sind. Daß dadurch eine Stagnation der Gewerkschaftsbewegung eintreten muß,

und daß die Gewerkschaften während dieser Ruheperiode an Langweile leiden, ist keineswegs notwendig. Die Aufgaben der Gewerkschaften sind so zahlreich und die Lage der Arbeiterklasse erfordert auf so vielen Gebieten eine Besserung, daß gar nicht einzugehen ist, wie es da zu einer Langweile kommen könnte. Wenn wir nicht in Differenzen mit unsern nächsten wirtschaftlichen Gegnern, mit den Unternehmern verwickelt sind, so bleibt uns in bezug auf die Ausgestaltung der Organisation, in bezug auf die Beeinflussung der Sozialgesetzgebung usw. noch so viel zu tun übrig, daß sich die Zwischenzeit mehr als reichlich mit solcher Betätigung ausfüllen läßt.

Es wird nun gewöhnlich eingewendet, ja, zu solcher Betätigung hat die Masse keine große Lust, wenn der Kampfcharakter der Gewerkschaften verwischt wird, wird es zu Differenzen in den eigenen Reihen kommen, die Zentralisation wird einer Dezentralisation Platz machen usw. Was zeigen uns aber solche Einwände? Sie würden nur zeigen, daß es bei unsern Kämpfern an Aufklärung und Einsicht fehlt. Wenn die Massen wirklich so kurzfristig wären, daß sie ihre Feinde nur dann erkennen würden, wenn sie ihnen ernstlich auf dem Pelze sitzen, so wäre es traurig um sie bestellt. Das ist aber zum guten Glück nicht der Fall, unsere organisierten Kollegen, die meisten Arbeiter wissen heute, daß die Siege nicht nur durch den Kampf, sondern auch durch die Macht, durch die Stärke der Organisation an sich erfochten werden. Schon durch die Tatsache, daß die Organisation ein nicht zu unterwerfender Gegner ist, wird unser Einspruch respektiert. Gerade dagegen wenden sich heute die Gewerkschaften mit aller Kraft, daß die Armee, die dem Gegner entgegengestellt werden soll, erst im letzten Augenblick zusammenläuft, daß man nicht erst acht Tage vor dem Kampfe sich der Organisation anschließt, sondern daß die Organisationen stets geschlossen und kampfbereit dastehen. Alle Aufklärungsarbeit der letzten Jahre wurde darauf verwendet, solche schlagfertige und disziplinierte Gewerkschaften zu erzielen. Es wäre ganz unverständlich, wenn nicht alle Mitglieder diese erste Notwendigkeit begriffen hätten.

Zu alledem kommt aber noch ein Kardinalpunkt. Wie glauben denn all diese absichtlichen und unabsichtlichen Tarifgegner die Tarife abzuwehren zu können? Darüber schweigen sie sich eigentümlicherweise alle aus, sie sprechen vom Umkehren von dem gegebenen Weg, sie proklamieren „keine Tarifverträge mehr“, aber wie sie dazu kommen wollen, das verschweigen sie. Wir haben noch nie geleugnet, daß die Tarifverträge auch den Unternehmern in mancher Hinsicht Vorteil bringen und es ist eine unfehlbare Tatsache, daß die Unternehmerverbände, die durch die fortgesetzten Angriffe der Arbeiter in letzter durchkommen, ihre Wünsche durch und mit dem Tarifvertrages für sich wahrnehmen. Sie versuchen heute, nachdem sie mit dem Herrn-im-Hause-Standpunkt allein nicht mehr durchkommen, ihre Wünsche durch und mit dem Tarifvertrag zu verwirklichen, sie sind aus Tarifgegnern zu Tariffreunden geworden in der Absicht, um auf diesem Wege ihren Willen diktieren zu können, und das ist es, was einem Teil der Arbeiter ihre nunmehrige Abneigung gegen den Tarifvertrag suggeriert. Nicht dem Tarifvertrag an sich sind sie abhold, sondern dem Umstand, daß unter die Bestimmungen zuweilen Dinge aufgenommen werden, mit denen sie nicht einverstanden sind. Es liegt also hier der Irrtum vor, daß sie schlechte Tarife mit Tarifen überhaupt verwechseln. Bei dieser Gelegenheit ist besonders zu beachten, daß es noch eine große Frage ist, ob es den Gewerkschaften bei dem gegenwärtigen Stand der Arbeitgeberverbände überhaupt gelingen würde, die Tarife abzuschaffen, wenn der Arbeitgeberverband auf der Einführung bestünde. Wir haben bereits erwähnt, daß der Tarifvertrag eigentlich nichts als eine Formfrage ist, eine Form insofern, daß beide Parteien schriftlich ihre Vereinbarungen, ihre Friedensbedingungen formulieren, die den Vorzug haben, daß auf der einen Seite Unternehmer, die nicht ihrem Verbandsangehörigen, moralisch gebunden werden, auf der andern Seite auch Arbeiter, die nicht organisiert sind. Wären die Organisationen so stark, ganz gleich, ob dies Arbeiter oder Arbeitgeber wären, daß sie der andern Partei ihren unbeschränkten Willen diktieren könnten, so bräuchten wir keine Tarifverträge. Auf Arbeitgeberseite sind tatsächlich wenige solche Organisationen vorhanden, es sei nur beispielsweise an manche Bäder- oder Fleischerinnung erinnert, die ohne merklich auf Widerstand zu stoßen, ihren Willen den Gehilfen gegenüber diktieren kann. Das hat aber dank der Organisationen der Arbeiter aufgehört. Auf der andern Seite könnten ja auch die Arbeiter, wenn sie vollständig organisiert wären und ihre Macht hinreichen würde, den Unternehmern einfach ihre Bedingungen diktieren und wir wären über die Frage des Tarifes hinweg. Solange das aber nicht der Fall ist, wird und muß der Tarifvertrag das Kompromiß bleiben, wo sich beide Parteien finden. Der Tarifvertrag ist weiter nichts als ein Einigungsdokument. Auch wenn wir heute vom Tariffreund zum Tarifgegner und den Abschluß von Tarifen verweigern würden, wäre damit gar nichts gebessert, denn bei der Stärke der beiderseitigen Organisationen im Arbeiter- und Arbeitgeberlager würden doch beide Parteien an ihre Mitglieder Nichtswilligkeiten herausgeben, wir würden nach einem Kampfe sagen, keiner darf unter diesem Lohne arbeiten, die Arbeitgeber würden ihren Mitgliedern sagen, keiner darf über diesen Lohn bezahlen und je nach der Konjunktur würde bald der eine, bald der andere Teil siegen, wenn beide Teile straff und gut organisiert sind. Es würde also im wesentlichen auch ohne Tarif nichts geändert werden, der Kampf und die Ueberlistung über den Erfolg wäre nur außerordentlich erschwert und mühte beide Teile so ermüden, daß dieser Zustand bei dem wechselnden Glück der Parteien nicht lang zu halten wäre. Daß es aber einer Partei gelänge, der andern bedingungslos ihren Willen aufzuzwingen, den Gegner vollständig zu unterwerfen, ist bei dem derzeitigen Stand der Organisationen ausgeschlossen.

Ein Preisgeben der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in die Hand des einzelnen wäre ja von vornherein ein Unsinn, wir würden wieder in jenen Zustand zurückkommen, in dem wir gewesen sind, daran kann also kein vernünftiger Mensch denken. So ist also der Tarifvertrag heute für die Organisationen eine Notwendigkeit, bedingt in der derzeitigen Stärke der kämpfenden Arbeiter- und Arbeitgeberverbände. Dagegen anzukämpfen ist ein Kampf gegen Windmühlen, weil diese Form der Vereinbarung die nächste Etappe in der natürlichen Entwicklung sein muß, wenn sich zwei gleiche Gegner gegenüberstehen. Es wird in Zukunft nur darauf ankommen, wer von beiden Teilen der stärkere ist und dieser wird dann in die Lage kommen, mehr und mehr dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen.

Daß die Gewerkschaften bei diesem künftigen Ringen nicht den kürzeren ziehen, das ist eben die Aufgabe aller Mitglieder, unsere Chancen können sich nur bessern, wenn alle Arbeiter, zunächst alle Berufskollegen organisiert sind. Inwieweit wir sonst unsere Machtmittel stärken, hängt eben von dem Ausbau der Organisation ab.

Geradezu komisch mutet es an, wenn man unter Berücksichtigung dieser Situation die einzelnen von den Tarifgegnern vorgeschlagenen Mittel ins Auge faßt. Da empfehlen einige örtliche Verhandlungen unter Ausschaltung der Zentrale, noch andere empfehlen gar ein Auflösen der heutigen Zentralverbände und eine Rückkehr zur Lokalorganisation. Man kann sich in dem Gedankengang dieser Apostel schwer zurechtfinden.

Wenn es heute den mächtigen Zentralverbänden schon schwer fällt, des Gegners Herr zu werden und die meisten Bewegungen mit einem Vergleich enden, wie soll dazu ein kleiner Feind in der Lage sein. Denken wir uns hinein, daß eine Lokalorganisation den Kampf mit einer Unternehmerzentrale aufnehmen wollte. Zunächst müßte einmal dieser Lokalverein, wenn er am Orte allein die nötigen Mittel zum Kampfe aufbringen wollte, schon recht lange mit dem Kampfe warten, dann aber wären diese Mittel auch bald erschöpft, mindestens ebenso schnell als dies bei einer Zentralorganisation der Fall ist, es wäre also in dieser Hinsicht nichts gebessert; dann wäre es aber auch dem zentralisierten Unternehmertum eine Spielerei, die paar Kämpfenden aus allen Betrieben auszusperrten, so daß sie nirgends Arbeit erhalten würden. Der Kampf würde sich also ganz von selbst auf ein zentrales Gebiet drängen. Oder glauben diese Kollegen vielleicht, daß die Arbeitgeberverbände ihrerseits von einer Zentralisation absehen würden? Wer daran glaubt, muß die ganze heutige Entwicklung verkennen. Das war ja gerade bis heute der Hauptvorteil der Gewerkschaften, daß sie größer und mächtiger waren, als die Arbeitgeberverbände. Heute sind nun die Arbeitgeberverbände ebenfalls mächtige wirtschaftliche Gebilde geworden, und es ist einfach ausgeschlossen, diese mit kleineren Verbänden zu besiegen. Der Gedanke, diese mächtigen Institutionen von Ort zu Ort abzuschlagen, ist unsinnig.

Der Kongreß der englischen Trades Unions hat beschlossen, die kleinen, heute bestehenden Gewerkschaften in große Industrieverbände umzuwandeln, und auf dem gleichen Wege befinden wir uns in Deutschland. Dieses Vorgehen ist zu verstehen, daß man dem großen Bruder einen noch größeren gegenüberstellt, es ist dies der Weg zur Macht, nicht nur deshalb, weil sich die wirtschaftlichen Interessen der gewerkschaftlichen Arbeiter immer mehr verbinden und nach einheitlicher Abhilfe verlangen, sondern auch, weil nur so zu erhoffen ist, den wirtschaftlichen Gegner, das Unternehmertum, zu besiegen. Die Interessen aller Arbeiter sind in der Hauptsache die gleichen, sind alle nach einem Ziele gerichtet, und der Gegner ist überall derselbe. Das trifft für die Unternehmer nicht in gleichem Maße zu. Wenn ihr Hauptziel auch das Geldverdiensten ist, so ist es doch schwieriger, alle Unternehmerinteressen, gleichgültig ob sie klein oder groß sind, unter einen Hut zu bringen, was ihrer vollkommenen Eintönigkeit im Wege steht. Auf dieses Thema hier einzugehen, erübrigt sich vorläufig.

Wir hielten es nur für notwendig, im Interesse der Klärung den irrigen Anschauungen, die heute über die Wirkung und das Wesen der Tarifverträge im Umlauf sind, entgegenzutreten und halten immer noch für die wirksamste Waffe, schlechten Tarifen zu begegnen, eine geschlossene, gut fundierte und disziplinierte Zentralorganisation.

Gewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Dettinghausen (Westfalen). Die Firma Böhle u. W. (Sitz Herford), die den Betrieb Deibel u. Co. übernommen hat, bewilligte, nachdem die Arbeiter vorstellig geworden waren, auf mehrere Sorten eine Lohnzulage von 50 Pfg. und 1 Mk. bei einer Sorte. An Stelle der monatlichen tritt die 14tägige Lohnzahlung. Die Arbeiten bei der allmonatlichen Inventur, die bis jetzt unentgeltlich verrichtet wurden, sollen von jetzt ab bezahlt werden.

Oldendorf (Hessen). Bei der Firma Frik & Co. (Sitz Hameln) hatten die Arbeiter Lohnforderungen gestellt. Ein Vorstelligwerden bei der Firma bewirkte, daß sie auf 7 Sorten 50 Pfg. und auf 1 Sorte 75 Pfg. bewilligte. Die Arbeiter gaben sich mit diesen Zugeständnissen zufrieden, obgleich ihre Wünsche nicht ganz erfüllt sind.

Böhlshausen bei Kahla. Die Erhöhung des Minimallohnes um 75 Pfg. pro Mille hatten die Arbeiter der Firma Krause u. Schulze gefordert. Die Firma kam dem Wunsche nach und bewilligte auf 7 Sorten 75 Pfg. Außerdem erhöhte sie den Lohn bei 3 Sorten um 50 Pfg. und bei 1 Sorte um 1 Mk. pro Mille. Das Deblatt wird außer diesen Zugeständnissen ausgerippt und aufgefacht, das Umblatt angefeuchtet und die Einlage getrocknet geliefert.

Pölzig. Die Firma Franz Zergiebel hat den Minimallohn von 8.50 Mk. anerkannt. Es wird also der gleiche Lohn wie bei der Firma Gellert u. Jacob gezahlt, und liefert sie außerdem noch aufgesetztes Deckblatt, feuchtes Umblatt und getrocknete Einlage.

Treffurt. Wegen Verabreichung von fortgesetzt schlechtem Material forderten die Arbeiter bei der Firma J. H. Bruns eine Aufbesserung des Lohnes und die Lieferung von aufgesetztem Deckblatt. Die Firma bewilligte eine Zulage auf 2 Sorten von 25 Pfg. und auf 4 Sorten eine solche von 50 Pfg. Die Lieferung von aufgesetztem Deckblatt wurde gleichfalls zugestanden und ferner in Aussicht gestellt, überhaupt besseres Material liefern zu wollen und bessere Sorten anfertigen zu lassen. Die Arbeiter gaben sich mit den Zugeständnissen zufrieden. Die übrigen Arbeiter am Orte werden sich dieses als Lehre dienen lassen, um auch ihrerseits das zu tun, was so bitter nötig ist, sich zu organisieren zur Verbesserung ihrer Lage.

Hamburg. Der Streit bei der Firma M. B. r. meißter ist für beendet erklärt worden. Der Betrieb bleibt aber nach wie vor gesperrt.

Hannau i. Schl. Der Streit bei der Firma Schwa b e u. Seidel dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Hildesheim (Hannover). Der Streit bei der Firma J. A. L. ö b n i z dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Pölzig (S.-M.). Der Streit bei der Firma R. S a u c h dauert fort. Der Zugang ist streng fernzuhalten.

Sera (Neuß j. L.). Seit dem 3. Dezember d. J. befinden sich die Arbeiter der Firma L a s p e u. Co. im Streit, weil die Firma es ablehnt, die bescheidenen Forderungen der Arbeiter anzuerkennen. Vor Zugang wird gewarnt.

Der Zugang ist noch fernzuhalten:

Dahme i. M.: Firma S. G l o e l.

Gehlenbed i. Westf.: Firma W. S e i d e n (Sitz Gesteinmünde).

Schwäbisch-Hall: Firma R. K e u m a n n.

Wotersdorf b. Erfner: Firma G. W u s t r o w.

Eine erfolgreiche Lohnbewegung in den Bremer Zigarrenfabriken. Gleich den Zigarrenarbeitern haben auch die in den Kistenfabriken beschäftigten Arbeiter unter den Wirkungen des Tabaksteuergesetzes in der letzten Zeit empfindlich zu leiden gehabt. Große Arbeitslosigkeit in den Hauptorten dieser Industrie war besonders anzutreffen, so daß eine große Anzahl Arbeiter ein Unterkommen in andern Industriezweigen suchen mußte. Wie in den meisten Industrien, so macht sich auch hier das Bestreben der Fabrikanten bemerkbar, einen möglichst abhängigen, willigen Arbeiterstamm zu schaffen, und die Fabriken nach kleinen Orten zu verlegen, wo sie glauben, die Arbeitsbedingungen hierfür zu finden. In früherer Zeit war diese Fabrikation fast ausschließlich in Bremen und Hamburg anzutreffen, heute finden wir in Bünde, Minden und weiteren Orten Westfalens und Süddeutschlands Tausende von Arbeitern dieses Gewerbes beschäftigt. Die Löhne in diesen Orten stehen weit unter denen in Bremen und Hamburg.

Die Bremer Kistenmacher, über 1000 an der Zahl, waren seit langen Jahren vorzüglich organisiert. Sie führten im Jahre 1900 einen langen Kampf um eine geringe Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Nach monatelangem Ringen mußten sie bedingungslos in die Betriebe zurückkehren, weil in den andern Orten die bringenden Arbeiten fertiggestellt wurden. Als schlimmste Folge des Streiks zeigte sich aber in den Reihen der Arbeiter eine geradezu unverständliche Mutlosigkeit, die eine große Mitgliederflucht im Gefolge hatte und den Arbeitgebern die Möglichkeit gab, Lohnkürzungen und weitere Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis durchzuführen. Vollständig vernichtet konnten die Arbeitgeber aber die Organisation der Arbeiter auch in diesem Beruf nicht. Eine wackere Schaar hielt stand und ließ lieber Mahreglungen und Entlassungen über sich ergehen, als der Organisation untreu zu werden. Und immer und immer wieder versuchten diese, ihre Leidensgefährten der Organisation zuzuführen. Mit Energie wurde aber nicht allein in Bremen die Agitation betrieben, sondern auch in Orten, wo die Arbeiter noch schlechter gestellt sind, so insbesondere in Bünde. Der Eifer wurde belohnt. In Bünde gelang vor zwei Jahren eine erfolgreiche Lohnbewegung, und die dortigen Kistenmacher sind fast geschlossen organisiert. In Bremen gelang es aber erst in diesem Jahre, eine vollständig geschlossene Organisation wieder zu schaffen. Sie konnten jetzt eine allzulebende Lohnbewegung durchführen, die zum Vertragsabschluß führte.

Der Vertrag läuft bis zum 1. Juli 1913. Die bis jetzt übliche Arbeitszeit von wöchentlich 60 Stunden wird sofort auf 57 und am 1. Mai 1911 auf 54 Stunden verkürzt, der Stundenlohn für Kistenmacher wird auf 52 1/2 Pfg. pro Stunde erhöht; am 1. Mai 1911 erfolgt ein Aufschlag von 4 1/2 Pfg. pro Stunde. Für jugendliche Arbeiter beträgt der Mindeststundenlohn 35 Pfg. Bei der Verkürzung der Arbeitszeit steigt der Lohn für die jugendlichen Arbeiter ebenfalls um 4 1/2 Pfg. pro Stunde. Für Überstunden wird für die ersten beiden ein Aufschlag von je 12 Pfg., für jede weitere und für Sonntagsarbeit ein Aufschlag von 20 Pfg. bezahlt. Die Arbeitsvermittlung geschieht durch den paritätischen Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe Bremens. Für genügende Waschvorrichtungen, gutes Trinkwasser und hygienische Einrichtungen usw. ist in jeder Fabrik zu sorgen.

Die Firma Waldorf-Astoria (Zigarren-Fabrik in Stuttgart) und das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter.

Die Firma Waldorf-Astoria übt das Vereinigungsrecht bei ihren Arbeitern und Arbeiterinnen, solange sich diese Lohnabhängige, fragwürdige Behandlung und Mahreglungen gefallen lassen. Wird den Arbeitern dieses Treiben zu bunt und schließen sie sich zur Wahrung ihrer berechtigten Interessen dem Deutschen Tabakarbeiterverband an, dann fühlt sich die Firma in ihrem Profitinteresse und in ihrer Herrenstellung gefährdet und statuiert Exempel in Form von Mahreglungen krassester Art, in der Hoffnung, daß dieses Vorgehen abschreckend wirken und ihre Arbeiter und Arbeiterinnen in Zuffenhäusern am Beitritt zum Verband fernhalten werde. Wie gut die Firma dieses System anzuwenden versteht, geht daraus hervor, daß im Vortort Zuffenhäuser für ein und dieselben Sorten 80 Pfg. bis 1.35 Mk. pro Mille weniger gezahlt wird, als im Stuttgarter Betrieb. Dieses System der Lohnrückerei wollte die Firma nach und nach verallgemeinern und hat in Stuttgart im Laufe des Jahres bereits zweimal Lohnabzüge vorgenommen. (Dazu siehe am Schlusse des Berichtes näheres.)

Neben diesen Lohnunterdrückungen war es das Benehmen der aufstrebenden Personen Evinson und Stegmeyer, welches den Unmut der Arbeiter aufs höchste steigerte und sie Schutz bei der Organisation suchen ließ. Gleich nach der ersten Versammlung nahm man die Mahregelung der Verbandskollegin Dauer vor; sie arbeitete 1 1/2 Jahre zur vollsten Zufriedenheit im Betriebe, wurde aber entlassen mit direktem Hinweis auf ihre Verbands-

angehörigkeit. Auf die zweite Versammlung, in welcher sich wiederum eine Anzahl dem Verbands angeschlossen, antwortete die Firma mit verminderter Tabakausgabe, um den Eingetretenen begreiflich zu machen, daß sie wieder austreten sollten. Auch dieses Mittel versagte nicht. Darauf erfolgte die Mahregelung des Kollegen Köpf, welcher zwei Jahre zur Zufriedenheit gearbeitet hatte, mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß er für den Verband agitiert habe. Dann entließ man auch die Frau dieses Kollegen nur aus dem Grunde, weil Köpf ihr Mann sei.

Dieses Vorgehen der Firma brachte uns neue Maßnahmen, denen wieder Mahreglungen seitens der Aufsichtspersonen folgten. Am Tage nach der Versammlung wurde die Arbeit der Verbandsmitglieder besonders genau durch Evinson geprüft. Frau Schlenz, die in der Versammlung einige Ausführungen gemacht hatte, sollte, obgleich Mundstückerarbeiterinnen da waren, auf genannte Arbeit gesetzt werden; sie wendete ein, sie müsse das erst lernen, aber wenn andere zu der Arbeit gezwungen würden, würde sie dieselbe ebenfalls machen. Evinson erklärte, sie brauchten jetzt nicht mehr. Die Mundstückerarbeit wurde dann nicht gebraucht, ein Beweis, daß man die Kollegen nur drücken wollte. Diese Kollegin arbeitet seit Bestehen der Filiale im Betriebe. Genau so erging es der Kollegin Kühnbel. Man durchstöberte alle ihre Packungen und fand in einem Karton zwei angestrichene Zigaretten; daraufhin wurde sie entlassen. Daß man es auf die Verdrängung der Verbandsmitglieder abgesehen hatte, geht aus folgenden Worten Evinsons hervor: „Die paar, die im Verbands sind, müssen zur Fabrik hinaus, erst dann haben wir Ruhe.“

Nachdem diese Dosen von Arbeiterfreundlichkeit in Gestalt von Mahreglungen verabreicht waren, erschien am 3. November über die stattgefundenen Versammlungen ein zusammenfassender Bericht in der Schwäbischen Tagwacht, in welchem auch die Vorkommnisse verzeichnet wurden, wobei ausdrücklich vermerkt wurde, daß das Vorgehen jedenfalls ohne Kenntnis des Direktors Molbt erfolgt sei, und daß man deshalb eine Regelung der Angelegenheit erwarte. Am 2. November wurde von der Gauleitung mündlich und schriftlich eine Unterhandlung angeregt. Es erfolgte darauf nachstehender Briefwechsel:

Stuttgart, den 5. November 1910.

Herrn E. Molbt, Stuttgart.

Gestatte mir, Sie um eine Unterredung in der Zuffenhäuser Angelegenheit zu bitten. Neben mir würde noch Herr St. Schwindt, Zigarrenarbeiter, teilnehmen. Wenn es Ihnen nicht unangenehm ist, würde ich als Zeit Montag, zwischen 1 und 2 Uhr nachmittags, vorschlagen. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich auf bisheriges Entgegenkommen rechner und baldmöglichst Bescheid, am liebsten durch Boten, erwarten darf. Inzwischen zeichnet

Hochachtungsvoll

Jos. Wildemann, Redakt. 188.

Stuttgart, den 7. November 1910.

Herrn Jos. Wildemann.

Nachdem ich erst kürzlich von einer längeren Reise zurückgekommen und mit Arbeiten überhäuft bin, bedauere ich sehr, Ihrem Wunsch wegen einer Unterhandlung augenblicklich nicht stattgeben zu können.

Hochachtungsvoll

E. Molbt.

In diesem Schreiben liegt offensichtlich eine Hinausschiebung der Sache. Darauf wurde dann nachstehendes Schreiben durch den Gauleiter veranlaßt:

Stuttgart, den 7. November 1910.

Hochachtungsvoll Herrn E. Molbt, Stuttgart.

Bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen und rechner von Ihnen auf Nachricht, wann die im Schreiben vom 5. d. M. erwähnte Unterredung möglich ist.

Hochachtungsvoll

Jos. Wildemann, Redakt. 188.

Einen Ausweg gab es nun nicht mehr; entweder mußte eine Unterhandlung festgesetzt oder gänzlich abgelehnt werden. Letzteres geschah durch nachstehendes Schreiben:

Stuttgart, den 8. November 1910.

Herrn Jos. Wildemann.

Nach eingehender Prüfung der Materie, beehre ich mich, Ihnen auf Ihren Brief vom 7. d. M. höflichst zu erwidern: Wie im März d. J. bereits in einem ähnlichen Falle geschrieben, bin ich jederzeit bereit, Wünsche oder Beschwerden von Seiten meiner Arbeiter entgegenzunehmen, wenn mir solche von diesen selbst vorgebracht werden, wie dieses auch § 5 unserer Arbeitsordnung vorsieht. In Dingen allgemeiner Natur siehe ich Ihnen wie früher nach vorhergehender Verständigung zu Diensten, in dieser Angelegenheit bedauere ich jedoch, nichts tun zu können, um so weniger, als die Sache schon von gewisser Seite in die Zeitung lanciert wurde.

Hochachtungsvoll

E. Molbt.

Herr Molbt nimmt in diesem Schreiben, nachdem er eine Unterhandlung abgelehnt hat, Bezug auf geregelte Vorkommnisse im März d. J. Wie die „Arbeiterfreundlichkeit“ der Firma dabei war, zeigt nachstehendes:

Der Geschäftsgang war im Anfang des Jahres kein flatter, in den beiden Filialen wurde voll gearbeitet, in Stuttgart aber wurden Entlassungen von Verbandsmitgliedern angekündigt. Die Mitgliederversammlung beschloß darauf, bei den Arbeitern der Stuttgarter Fabrik dahin zu wirken, daß eine Arbeitszeitverkürzung als das beste Mittel zur Verhütung von Entlassungen einzelner vorgeschlagen werde, zumal der Staat den Zigarrenarbeitern nichts zählte. Die organisierten Kollegen bedienten sich zur Erreichung dieses Zieles einer Hausagitation und warben dabei selbstverständlich Mitglieder für den Verband. Eine Arbeitszeitverkürzung wurde aber seitens der Firma rundweg abgelehnt, ein Teil unserer Verbandskollegen, welche sich an der Hausagitation beteiligten, flogen hinaus, später eingestellte Unorganisierte dagegen konnten bleiben. Auch eine Unterhandlung der Verbandsfunktionäre mit Herrn Molbt blieb erfolglos, dieser erklärte, die 180 000 Mk. Schaden, welche die Firma durch die Steuer erlitten habe, müsse sie auf irgendeinem Wege wieder weit machen; es widerspreche dem geschäftsmännischen Prinzip, von dem nun einmal eroberten Gewinn Abstriche zu machen; auch ihm persönlich widerspreche dies, denn er habe einen Arbeitgeber, dem er verantwortlich sei, dazu sei er auch selbst mit interessiert. Im weiteren Verlauf sagte Herr Molbt auch, bei diesen Entlassungen bleibe es nicht, es folgte noch mehr.

Was geschah nun? In den beiden Filialen wurde rüstig weitergeschafft und in Stuttgart stellte man nach der Entlassung L e h m a d e n ein! In der Unterhandlung entließ der „Arbeiterfreundliche“ Herr Molbt einen unserer Verbandskollegen in spöttischer Weise, daß einem Erregung erfaßte ob seiner Arbeiterfreundlichkeit. Der Kollege hatte sich erlaubt, lange vor der Hausagitation sich um eine frei werdende Meisterstelle zu bewerben. Die Stelle hatte er aber nicht erhalten. Weil er aber Verbandsmitglied war und für den Verband agitierte, machte der arbeiterfreundliche Herr Molbt die Bemerkung, er als Meisteraspirant dürfe dieses nicht tun, darin erblicke er, Molbt, eine Verletzung des Geschäftsprinzips. Ein nie verzeihliches Verbrechen glaubte der „arbeiterfreundliche Molbt“ darin entdeckt zu haben, daß ihm ein Unorganisierter gesagt habe, man habe ihn durch Zwang der Organisation zuzuführen wollen. Diesen belästigten Kollegen führte er uns in der Unterhandlung vor, und triumphierend im Herren-ton sagte Molbt zu unsern Kollegen: Gehen Sie zur Kaffe, lassen Sie sich die Kündigungsgeld zahlen und verlassen Sie sofort meinen Betrieb. Als dieses beendet war, richtete der Herr Molbt in recht demagogischer Weise an uns, die Verbandsfunktionäre, die Worte: „Auf solche

Exemplare können Sie doch gewiß nicht stolz sein.“ Prompt wurde ihm zur Antwort gegeben, der Stolz über den von ihm uns vorgeführten Zwischenträger liege ihm.

Die rücksichtslose Ablehnung im Schreiben vom 8. November 1910 durch Herrn Molbt schien den übrigen Aktionären eine recht bedenkliche Sache, zumal ein Artikel in der Tagwacht veröffentlicht worden war, der das brisante Auftreten des Herrn Molbt und anderer Angestellten der Firma gekennzeichnet hatte. Herr Marx, die Hauptperson in der Waldorfgesellschaft, hatte laut Schreiben des Vorstandes, welches am 13. November bei uns in Stuttgart einlief, den Weg zur Unterhandlung dort angebahnt, so daß schon am 12. durch ein Telegramm Waffenstillstand und Unterhandlungen angekündigt werden konnten. Während dieser Zeit wurden von uns zwei Versammlungen einberufen, um die Arbeiter zu unterrichten, daß Unterhandlungen stattfinden würden und daß demzufolge nichts weiter gegen die Firma zu unternehmen sei. Dies wurde auch befolgt. Am 25. November wurde dann eine Verhandlung anberaumt, zu der als Vertreter der Firma die Inhaber Marx und Molbt und unsererseits Deichmann-Bremen, Gauleiter Adolf Pelling sowie Schwindt erschienen waren. Bei dieser Verhandlung stellten Marx und Molbt jede Mahregelung in Abrede; sie erklärten ferner, daß die Firma das Koalitionsrecht der Arbeiter anerkenne, nur dürften sich die Arbeiter nicht organisieren!! Wir fragten uns erstaunt, was verstehen denn eigentlich diese Herren unter Koalitionsrecht? Mußte doch Molbt selbst zugestehen, daß die betreffenden Kollegen und Kolleginnen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verband und Agitation für denselben entlassen worden sind. Auch den Vorwurf einer Lohnrückerei und Lohnrückerei wies die Firma weit von sich.

Die Organisationsvertreter konnten aber nachweisen, daß bereits im Hochsommer Lohnabzüge gemacht wurden; denn wenn man auch bei einigen Sorten, welche nur wenig und von wenigen Arbeitern angefertigt werden, 40 Pfg. pro Mille aufbesserte, so hat man doch andererseits bei verschiedenen gangbaren Sorten, welche das ganze Jahr hindurch und von einer großen Anzahl von Arbeitern gemacht werden, Lohnabzüge von 35 Pfg. pro Mille gemacht. Das bestritt Herr Molbt ganz entschieden. Die Benachteiligung der Arbeiter wurde aber auch hier in gebührender Weise auf den Lohnabzug festgenommen.

Als nun die Organisationsvertreter auf einen erst vor kurzer Zeit passierten Vorgang aufmerksam machten, wo die Firma dazu überging, einen großen Teil ihrer bisherigen Rundarbeiter auf Flacharbeit zu setzen und den Arbeitern 40 bis 80 Pfg. weniger pro Mille bezahlte wie bisher, erklärten die Vertreter der Firma, daß in einer Sitzung der Aktionäre beschlossen worden sei, nicht mehr als 3 Mk. pro Mille zu zahlen. Trotzdem besitzen die Inhaber noch den Mut, jede Lohnrückerei in Abrede zu stellen. Die Firma ist der Meinung, mit der Erhöhung der Filiale Zuffenhäuser den dortigen Arbeitern eine große Wohltat erwiesen zu haben. Aber wenn wir die Sache genau betrachten, ist es der Firma nur darum zu tun, billige und willigere Arbeitskräfte zu finden. Werden doch dort 70 Pfg. bis 1.85 Mk. weniger gezahlt als im Stuttgarter Betrieb!

Daß es die Vertreter der Firma mit der Wahrheit nicht so genau nehmen, zeigt folgender Vorgang. Die Firma behauptet, ihren Arbeitern in der kulantesten Weise entgegenzukommen, wenn es sich darum handle, Arbeiter von Rund- auf Flacharbeit zu setzen (was mit einer Verdienstverminderung verbunden ist), indem sie 2 Mk. pro Woche auf die Dauer von 2 Wochen zum verdienten Lohn zuzahlen. Eine in diesem Sinne ergangene Umfrage bestätigte Angeführtes jedoch nicht.

Die bekannten Lohnlisten der Arbeitgeber spielten auch in dieser Unterhandlung eine Rolle, nur schien Herr Molbt immer ein andres Thema zu finden, wenn sich die Verdienste verriegen. Der Herr Molbt sprach sich dahingehend aus, daß man annehmen könnte, Zuffenhäuser sei für die Zigarrenarbeiter das Land, wo Milch und Honig fließt. Daß dem nun nicht so ist, dürfte eine inzwischen festgestellte Erhebung der Durchschnittsverdienste ergeben, die in Anbetracht der ungesunden und intensiven Arbeitsleistung als durchaus minimal zu betrachten sind. Eine Anzahl Personen in der Fabrik, die zu den gewandtesten Anfertignern gehören, verdienen in 183 vollen Arbeitstagen 539.15 Mk., d. h. pro Tag 2.95 Mk., pro Woche 17.70 Mk. Eine Anzahl Heimarbeiterinnen verdienen in 66 Tagen 143.95 Mk., das ergibt pro Tag 2.18 Mk., pro Woche 13.08 Mk. Die Durchschnittswerte haben wir bei dieser Berechnung zugunsten der Firma abgerundet. Daß solche Verdienste aufbesserungsbedürftig sind, dürfte die Firma wohl nicht bestreiten wollen.

Als Herr Molbt dann in der Unterhandlung den Entfallenen spielte und seine Unterhandlungsablehnung mit der Veröffentlichung des scharfen Artikels motivieren wollte, konnte ihm auf Grund der Daten des Briefwechsels nachgewiesen werden, daß seine Unterhandlungsablehnung unter dem 8. November 1910 erfolgt sei, der von ihm zitierte Artikel aber erst die Antwort auf die Ablehnung war und erst am 12. November veröffentlicht wurde. Es ging nicht anders, Herr Molbt mußte zugeben, daß die angebahnte Unterhandlung durch sein Verhalten nicht zustande kam.

Auf die Frage, was die Firma zu tun gedenke, um das Gesehene rückgängig zu machen, entstand eine kurze Stille. Die Organisationsvertreter hatten ihren Standpunkt bereits begründet, und als nun keine Antwort erfolgte, wurde die Unterhandlung abgebrochen. In zwei Betriebsbesprechungen und einer Mitgliederversammlung beschäftigte sich die Kollegenchaft mit dem Verhalten der Firma. Die Ansicht der Kollegenchaft ging dahin, daß eine intensive Agitation unter den Stuttgarter Kollegen zu betreiben sei, außerdem müsse der Döbel in der Königsberger Filiale angefaßt werden, um zur passenden Zeit die Antwort zu geben, die der Firma gebühre. Die auf der Strecke Gebliebenen konnten in der Genossenschaftsfabrik untergebracht werden.

Der Verband wird weiter bestehen und verstärkt werden. Der Firma Waldorf-Astoria aber ist einmal der Schleier der Organisationsfreundlichkeit gelüftet, mit dem sie sich so gerne vor ihren Abnehmern zierte. Nichts ist geblieben von dieser falschen Dekoration. Sie hat sich entpuppt als eine Unternehmerrückerei, die weder vor Lohnabzügen noch vor Mahreglungen zurückschreckt, um das Vereinigungsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen. Arbeiter, merkt euch das!

Berichte.

Stingen. In der am 14. Dezember stattgefundenen öffentlichen Tabakarbeiterversammlung referierte Gauleiter Stod aus Heidelberg über das Thema: Der Kampf ums Dasein der Tabakarbeiter. Redner schilderte in fasslicher Weise die immerwährende Beunruhigung der Tabakindustrie durch die fortgesetzten Tabakbesteuerungen, für welche alle bürgerlichen Parteien verantwortlich zu machen seien; einzig und allein seien es die sozialdemokratischen Abgeordneten gewesen, die mit aller Macht dagegen ankämpften, jedoch vergebens. Es sei daher Pflicht aller Tabakarbeiter, die Kandidaten sich näher anzusehen bei der nächsten Reichstagswahl. Kollege Stod verbreitete sich dann noch über die angeordnete Aussperrung der Tabakarbeiter in Kuchhof, welche man dem Hunger ausliefern wollte, und zwar so lange, bis sie zu Kreuze kriechen und dem Verbands Valet folgen. Dies müsse ein Ansporn für die Kollegen sein, zu agitieren und zu organisieren, damit wir immer gerüstet dastehen. Scharf kritisierte er die Zersplitterung der Arbeiter durch die verschiedenen Verbände, wogegen die Fabrikanten in einem Verbande organisiert seien. Bei diesen komme die Religion nicht in Frage. Redner verweist noch auf die hohe Sterblichkeitsziffer der Säuglinge durch die Tuberkulose bei den Tabakarbeitern, hervorgerufen durch Unterernährung. Stod führte

folam noch eine Skala auf vom Amtsbezirk Schweisingen, wo 4000 Tabakarbeiter in Frage kommen, wie ersichtlich dort die Sterblichkeitsziffern sind. In der Diskussion sprach Kollege Jung im Sinne des Referenten. Kollege Bauer forderte sodann die Kollegen auf, eine Hausagitation vorzunehmen, und zwar am zweiten Weihnachtstfesttag; dem wurde auch zugestimmt. Am Schluß möchten wir an die Kollegen den Mahnruf ergoßen lassen, künftig nicht mehr so interesslos zu sein, sondern die Versammlung besser zu besuchen, damit wir zu unsern Zielen gelangen.

Meuselwitz (S.-M.). Die am 18. Dezember hier tagende erste Mitgliederversammlung war nur schwach besucht. Man hätte freilich glauben sollen, gerade diese Zusammenkunft müßte gut besucht worden sein, da doch jedes Mitglied dafür sorgen sollte, daß die Zahl der Teilnehmer immer größer wird. Schuld an dem schlechten Besuche hat ja wohl auch das Wetter. Es steht aber zu hoffen, daß alles das nächste Mal nachgeholt wird. Zunächst erläuterte Kollege Reupke die neue Verbandsstatut, welches mit dem 1. Januar 1911 in Kraft tritt. Er betonte, daß die Generalversammlung in Braunschweig keine Beitragserhöhung vorgenommen hat, obwohl sie die Arbeitslosenunterstützung erhöhen mußte, wenn auch nur um ein Geringes; die Klassenverhältnisse würden es wohl auf die Dauer nicht zulassen, noch weit höhere Unterstützungssätze zu zahlen. Bei der Frage der Aufnahmegebühr sei es notwendig gewesen, ein einheitliches Eintrittsgeld von 50 Pfg. festzulegen. Alles in allem sei zu bedenken, daß ja der Verband nicht nur zum Unterstützungszahlen da sei, sondern, um das Streben nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterstützen. Erhielten die Mitglieder erst überall einen anständigen Lohn, dann müßte von selbst hervortreten, daß die Unterstützungen nur zur Abwehr direkter Not da seien.

Im weiteren Verlauf der Besprechung schilderten die Anwesenden ihre tieftraurigen Verhältnisse, worüber später ein Bericht erscheinen wird. Es wurde dabei von den Kolleginnen ein Fall zur Sprache gebracht, daß ein Mitglied von uns hier bei der Firma Hülsmann, Stk Altenburg, die Arbeit eingekauft hat, weil es von einer Mitarbeiterin denunziert worden ist. Hoffentlich wird es möglich sein, die Frau anderweitig unterzubringen. Die nächste Versammlung soll am 22. Januar 1911, abends 1/8 Uhr, stattfinden und es soll dazu der Gauleiter Kollege Wiesen eingeladen werden, da die Gründung der Zahlstelle vorgenommen werden soll, wozu das hiesige Gewerkschaftskartell seine Unterstützung zugesichert hat. Kollege Reupke besprach alle Einzelheiten, welche bei der Gründung einer Zahlstelle zu beachten sind. Auch gab er bekannt, daß die Mitglieder schon jetzt vom Kartell die Berechtigung erhalten haben, die Bibliothek zu benutzen, und forderte auf, fleißig davon Gebrauch zu machen. Sie ist geöffnet Sonntags von 10 bis 12 Uhr mittags im „Kaiser“ zu Meuselwitz.

Der Geist unter den Anwesenden war ein guter und wird noch besser werden, wenn erst alle Mitglieder sich gegenseitig kennen gelernt haben und sich nicht mehr eins vor dem anderen ängstlich zurückhält. Mit dem Wunsche, für die nächste Versammlung rege zu agieren, damit alle Tabakarbeiterinnen zu ihr erscheinen, nahm Kollege Reupke Abschied von den Mitgliedern.

Zeuten (Unter-Waden). Am 18. Dezember tagte hier im großen Saale im Gasthaus vom Ochen eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung. Der Gauleiter Ab. Heising referierte vor vollbesetztem Saale in andershalbhündiger Rede über die Lage im Tabakgewerbe, das Ende der Staatsunterstützung, die Tendenz des Reichsarbeitsgeberverbandes der Zigarrenfabrikanten und die Lohnkämpfe in unserm Berufe. Nachdem Redner die Lohnverhältnisse vor dem Jahre 1879 festgestellt hatte, ging er zur Tabakbesteuerung über. Seit dem Jahre 1872 bis 1906 habe man aus der Zigarettensteuer 201,1 Millionen Mark und aus Einfuhrzöllen 133,6 Millionen Mark für das Reich gezogen, das ergebe im Zeitraum von 34 Jahren die Summe von 1023,7 Millionen Mark. In Anbetracht dessen könne man wirklich nicht davon reden, daß der Tabak als Rohprodukt einer Industrie dem Reich nicht genügend einbringe. Dennoch habe man 1909 abermals einen neuen Anlauf von 43 Millionen Mark an der Tabakindustrie vorgenommen. Die Steuer im Jahre 1879 habe nach Aussage aller Parteien im Reichstage ganz schädigend auf die Lohnverhältnisse der Tabakarbeiter gewirkt und eine Abwanderung der Produktion nach dem fernen Lande, wo die Arbeitskräfte billiger und williger waren, nach sich gezogen. Die Zigarrenfabrikanten benutzten diese Umstände und machten den Zigarrenarbeitern Lohnabzüge. Die damalige Steuererhöhung sei im wesentlichen durch Lohnabzüge wieder wett gemacht, wozu die verursachte Arbeitslosigkeit die günstigste Gelegenheit bot. Die damals entstandene Krise sei auch keine kurze gewesen und habe jahrelang angehalten. In dieser Periode seien die Tabakarbeiter mit ihren Arbeitslöhnen und Verdiensten an letzte Stelle aller berufstätigen Arbeiter gesunken. Diese Tatsachen sind amtlich festgestellt und lassen sich nicht leugnen. Trotzdem ist eine Erhöhung der Tabaksteuer im Vorjahre vorgenommen worden, die wieder eine Verschlechterung der Lage der Tabakarbeiter herbeiführt. Die Krise sei noch im ganzen Gewerbe zu verzeichnen und werde nach Neujahr wieder stärker anziehen. In der Zentrumpresse lese man das Gegenteil; dort erkläre man, die Krise sei schon mit der Aufbrauchung des Viermillionenfonds im April dieses Jahres behoben gewesen. Eine tollere Verhöhnung der Interessen der Tabakarbeiter sei nicht mehr gut möglich, eine fürchterliche Abrechnung mit diesen Vorkrätern bei der nächsten Reichstagswahl müsse gehalten werden. Redner empfiehlt dann eine starke Tabakarbeiterorganisation, den Deutschen Tabakarbeiterverband. Für seine Ausführungen fand er reichen Beifall. In der Diskussion sprach Grise vom christlichen Verband; er erklärte sich mit den Ausführungen des Gauleiters Heising einverstanden, er sei auch für starke Verbände, nur könne er die Tendenz der freien Verbände nicht für gut bezeichnen, denn sie werden alle vom Geiste der Sozialdemokratie durchdrückt. Letztere habe auch den Zankapfel in die Reihen der Gewerkschaften geworfen. Er stehe auf dem Neutralitätsstandpunkt der englischen und amerikanischen Gewerkschaften. (Zurufe: Sie vertreten ja den Zentrums-Zigarrenarbeiterverband und sind ein Feind der Arbeiter!) Grise antwortete hierauf: Ich bin ein norddeutscher Zigarrenarbeiter wie Kollege Heising, ich bin noch nie ein Zentrumsmitglied gewesen und werde in meinem Leben auch keiner werden. Unser Verband hat auch nichts mit der Zentrumpartei gemein; den Schaden, den diese Partei der Tabakindustrie zugefügt hat, verursacht ich; aber die liberale Politik hat uns noch mehr geschädigt. Redner führte fortwährend Zwiegespräche mit den Versammlungsbesuchern. Die Versammlung bekam dieses Benehmen überdrüssig, das schon 50 Minuten währte, und verlangte Entlassung des Wortes. Es wurde ihm aber, nachdem Heising für Ruhe sorgte, auf neue noch 10 Minuten Redezeit genehmigt. Als er nun sein Treiben forsetzte, beschloß die Versammlung gegen vier Stimmen die Wortentziehung. Nun erhielt ein anderer Christlicher, Platner, das Wort; der versuchte in derselben Weise die Debatte ins Uferlose hinüberzuführen, um die Versammlung auseinanderzutreiben. Er hatte auch kein Glück, denn nach 10 Minuten hatten die Versammelten den Trick durchschaut, sie entzogen demselben auf Beschluß das Wort. Während die Versammlung hüllos zusammen blieb, zogen die zentrumsähnlichen Funktionäre es vor, zu verduften. Das Schlußwort des Gauleiters Heising trug gute Früchte, so daß die vereinigte Zahlstelle Zeuten-Unterwiesheim nahezu 50 Mitglieder zählt.

Die Tabakindustrie in Großbritannien.

Im fünften Teil der vorläufigen Ergebnisse der britischen Produktionszählung von 1907 wird u. a. die Tabakindustrie behandelt, und es verlohnt sich, die wichtigsten auf diese Industrie bezüglichen Zahlen hier anzuführen. Die Unternehmer wurden gefragt um die Menge und den Wert der im Berichtsjahr erzeugten Waren, die Kosten der verwendeten Materialien und die Zahl der beschäftigten Personen, mit Unterscheidung der Lohnarbeiter und der Angestellten. In der Regel waren die Angaben für das Kalenderjahr 1907 zu machen; wenn jedoch das Geschäftsjahr einer Firma nicht mit dem Kalenderjahr zusammenfiel, so war sie berechtigt, Angaben für andere zwölf aufeinanderfolgende Monate zu machen, aber in solchen Fällen mußte die Berichtszeit zwischen dem 30. Juni 1907 und dem 30. Juni 1908 endigen.

Der Stand der Beschäftigten war für den ersten Tag jedes Quartals aufzuzeichnen, woraus Durchschnittsberechnungen wurden, um den Einfluß saisonmäßiger Schwankungen so weit als möglich auszuschalten. Insgesamt beschäftigte die britische Tabakindustrie 1907 nur 37 456 Personen, und zwar 3750 Angestellte und 33 706 Lohnarbeiter. Von den Lohnarbeitern waren 1664 weniger als 18 Jahre alte und 1716 über 16 Jahre alte männliche Personen (zusammen 8840), 8914 Mädchen unter 18 Jahren und 15 952 ältere weibliche Personen (zusammen 24 866); die Arbeiter bildeten 26 Proz. und die Arbeiterinnen 74 Proz. Unter den Angestellten befanden sich 264 jugendliche und 3035 erwachsene männliche Personen (zusammen 3299), sowie 73 jugendliche und 378 erwachsene weibliche Personen (zusammen 451). Bei den Lohnarbeitern wiegt das weibliche, bei den Angestellten hingegen das männliche Geschlecht stark vor.

Der Verkaufswert der im Zählungsjahre erzeugten Produkte betrug 23 799 000 Pfd. Sterl. (etwa 480 Millionen Mark); da der Wert der verwendeten Materialien 17 988 000 Pfd. Sterl. ausmachte, so stellt sich der reine Produktwert auf 5 811 000 Pfd. Sterl. (oder 118 Mill. Mark); das ist der Wert, der durch die produktive Arbeit geschaffen wurde. Aus den 5,8 Mill. Pfd. Sterl. waren die Arbeitslöhne, Gehälter, Steuern und Abgaben*, die Kosten der Erneuerung der Betriebsanlagen und Einrichtung, die Verkaufsreisen usw. zu bestreiten.

Auf jede beschäftigte Person kam ein durchschnittlicher reiner Produktwert von 155 Pfd. Sterl. oder etwa 3100 Mark.

In den Kosten der Materialien sind die Zölle mitbegriffen, die in der Regel für den rohen Tabak zu entrichten sind. Nur ausnahmsweise erfolgt die Weiterverarbeitung unter Zollgewahrsam und die Entrichtung der Zollabgabe erst für die fertigen Produkte, die für den einheimischen Markt bestimmt sind; in diesen Fällen hatten die betr. Firmen für den Zweck der Produktionszählung einen entsprechenden Zuschlag zu den Materialkosten zu machen.

In der folgenden Tabelle wird die Verteilung der Menge der Produkte und des Verkaufswertes nach Waren-gattungen veranschaulicht.

Warengattungen	Menge	Wert
	engl. Zentner	Pfund Sterling
Zigarren	33 000	1 586 000
Zigaretten	267 000	8 191 000
Tabakbisch oder „Negerkopf“	28 000	861 000
Andere Tabaksorten	624 000	12 984 000
Schnupftabak	14 000	306 000
Zusammen	966 000	23 378 000
Abfälle usw.	89 000	342 000
Andere Produkte	—	79 000
Gesamtwert	—	23 799 000

Ein englischer Zentner kommt 50 3/4 Kilogramm gleich. Duplikationen der Menge wie des Wertes sind bei dieser Aufstellung vermieden.

Nicht Bedacht genommen ist auf die von Tabak-Händler selbst vorgenommene Weiterverarbeitung (Herstellung von Rauchtabakmischungen, Erzeugung von Zigaretten usw.); ihre Einbeziehung würde den Produktwert nur unbedeutend erhöhen.

Die Zigarrenproduktion ist in Großbritannien von verhältnismäßig geringem Umfange (namentlich beim Vergleiche mit Deutschland), da Zigarren wegen des durch die Besteuerung verursachten hohen Preises von ärmeren Leuten nicht geraucht werden können und selbst in den „besseren“ Gesellschaftsschichten wird vorwiegend Pfeifentabak geraucht.

Die Einfuhr von Zigarren beläuft sich auf etwa ein Drittel der einheimischen Produktion, während die Einfuhr anderer fertiger Tabakprodukte geringfügig ist und hinter der Ausfuhr zurückbleibt. Für 1907, das Jahr der Produktionszählung, ist die Ausfuhr und Einfuhr fabrizierten Tabaks in der nächsten Tabelle angegeben.

Warengattungen	Ausfuhr	Einfuhr
	Zentner	Zentner
Zigarren	200	12 800
Zigaretten	57 600	2 600
Tabakbisch oder „Negerkopf“	22 800	1 000
Andere Tabaksorten	1 200	300
Schnupftabak	100	—
Abfälle usw.	49 400	—
Zusammen	131 300	16 700

Der Wert der eingeführten Zigarren belief sich am Landungsplatz, ohne Zoll, auf durchschnittlich 69,3 Pfd. Sterl. per Zentner, wogegen der durchschnittliche Wert eines Zentners einheimischer Zigarren, einschließlich Zoll, aber ausschließend von Versendungskosten, 48,1 Pfd. Sterl. betrug. Der Zoll auf Tabak macht 6 Schilling für das Pfund aus.

Ein gewiß sehr bedauerlicher Umstand ist, daß von den über 33 000 in Großbritannien beschäftigten Tabakarbeitern nur eine geringe Minderheit gewerkschaftlich organisiert ist; nach der letzten Gewerkschaftsstatistik waren es 4200, die sich auf nicht weniger als acht verschiedene Organisationen verteilen, von denen nur zwei mehr als je eintausend Mitglieder hatten. Auch für die nächste Zeit scheint man keine nennenswerte Besserung der Organisationsverhältnisse der Tabakarbeiter erwarten zu dürfen.

H. F.

* Ausgenommen Zölle.

Eine hehre Aufgabe.

Die Klassenstaatlichen Organe der Bourgeoisie sind gegenwärtig vollauf beschäftigt, neue Methoden zur Anhebung der Arbeiter zu erfinden: Ausnahmegeetze, Einschränkung des Koalitionsrechts, Verschärfung der Strafgesetze usw. — das alles erregt auf das lebhafteste die erhitzte Phantasie so manches strebsamen Bureaukraten. Und das Scharfmachertum ist emsig bemüht, Scheit auf Scheit herbeizutragen, um das Feuerchen, an dem die Arbeiterbewegung rösten soll, zu immer intensiverer Glut zu entfachen: man sammelt eifrig „Material“, um einem neuen Zuchthausgeetz zum Leben zu verhelfen. Nach anderen Verbänden hat denn nun auch der Ostpreussische Arbeitgeber-Bezirksverband für das Baugewerbe an seine Mitglieder ein Rundschreiben gerichtet, das den bekannten Satz gegen die Arbeiterbewegung ausatmet und wie folgt lautet:

Sehr geehrter Herr Kollege!

Die Streikrawalle in Berlin-Moabit haben den Deutschen Arbeitgeber-Verband in Berlin veranlaßt, der Frage näher zu treten, ob es nicht angebracht erscheine, gegen die von den Streikposten oft verübten Mißbräuche und Ausschreitungen, speziell gegenüber den arbeitswilligen Arbeitern, vorzugehen.

Die Behörden sehen sich nach der jetzigen Auslegung der Gesetze meist außerstande, gegen diese Mißbräuche einzuschreiten. Der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe will dem Verein Deutscher Arbeitgeber-Verbande ein möglichst reichhaltiges und einwandfreies Material zur Verfügung stellen, damit auf Grund desselben die geeigneten Maßnahmen gegen die bestehenden Mißbräuche getroffen werden.

Wir richten deshalb an alle Mitglieder unseres Verbandes die dringende Bitte, uns möglichst innerhalb einer Woche die in den letzten Jahren vorgekommenen Fälle von Ausschreitungen der Streikposten ausführlich zu berichten.

Mit kollegialem Gruß

Ostpreussischer Arbeitgeber-Bezirksverband.

Für das Baugewerbe Rechtsanwalt Franz Ryser, Paul Lauffer, Vorsitzender. Syndikus.

Wer die Methoden der Unternehmerverbände kennt, wer da weiß, wie skrupellos in so manchem Berichte an die bürgerliche Presse die Wahrheit zur Dirne gemacht wird, der kann sich wohl vorstellen, wie ein solchermachen gesammeltes „Material“ beschaffen sein wird. Und welche Sorte von Menschen es ist, die da als Lieblinge des Unternehmertums Schutz in höherem Maße als bisher genießen soll. Das haben die Hingee tutti quanti gezeigt. Bei Hingee lagen die Dinge ja noch obendrein so, daß er den ausgereizten polizeilichen Schutz als Streikbrecher genos, indessen Gerichte und Polizei Monsieur Hingee in seiner Eigenschaft als Uebertreter bestehender Gesetze steckbrieflich suchten und beim besten Willen nicht finden konnten. Wer da aber meint, daß ein solcher Vorgang nur ein Einzelfall gewesen sei, daß die Polizei doch nicht gleichzeitig Uebertreter suchen und schützen könne, dessen Glaube wird wohl einigermaßen durch eine Gerichtsverhandlung in Gießen erschüttert, in der der zwanzigjährige Friedrich Werner aus Kaiserslautern zu lebenslänglicher Zuchthaus verurteilt wurde. Werner hatte schon ein ansehnliches Päckchen Straftaten auf dem Kerbholz, und als er alle seine Verbrechen, wie Raubmordversuch, Versuch eines Bombenattentats auf einen Bankier, die Dynamitexplosion im Friedberger Rathaus und andres mehr begangen hatte, kam er nach Köln. Hier war in der Maschinenfabrik von H. Kammeirath u. Co. in Köln-Müngersdorf Streik ausgebrochen, und unter den „nützlichen Elementen“, die in der Streikbrecherkolonne des Agenten Ferber in dem betroffenen Betriebe arbeiteten, befand sich auch der Verbrecher Werner! Das Heitere an der Sache ist nun, daß Werner während der ganzen Zeit unter dem besondern Schutze der heiligen Hermandad gearbeitet hat!

Bei nur fünfundzwanzig streikenden Arbeitern waren zeitweilig nicht weniger denn sieben Gendarmen, drei Schutzleute, zwei Ortspolizisten und zwei Feldhüter zum Schutz der Arbeitswilligen, also auch des ehrenwerten Herrn Werner, herangezogen worden.

Tag und Nacht standen Gendarmenposten vor und in der kleinen Fabrik; aber keiner der „Hüter der öffentlichen Ordnung“ fand den steckbrieflich verfolgten Verbrecher. Das blieb der Barmer Polizei vorbehalten, die den Burken, nachdem der Streik beigelegt und die Arbeitswilligenkolonne abgedampft war, verhaftete. Hier zehn Vertreter der bewaffneten Macht bei fünfundzwanzig Streikenden! — und dabei ist bei dem sieben Wochen dauernden Streik keine einzige Anklage gegen Ausständige erfolgt — aber keiner entdeckte den steckbrieflich gesuchten Werner! —

So sehen die Lieblinge der Unternehmer, die Schützlinge der Polizei, bei Licht betrachtet aus. Und um dieser Menschenjorte immer noch höhern Schutz angedeihen zu lassen, mühen sich Scharfmacher und Bureaukratie im Schweiße ihres Angesichts. Fürwahr, eine hehre Aufgabe!

Deutscher Heimarbeitertag.

Der Aktionsausschuß für den Heimarbeitertag versendet folgende Einladung:

Das Hausarbeitsgesetz steht vor der Entscheidung. Der Bericht der Reichstagskommission liegt vor. Die zweite Lesung im Reichstag wird bald nach Wiederbeginn der Sitzungen stattfinden. Was in ihr beschlossen wird, wird voraussichtlich in der dritten Beratung bestätigt werden. Dann hat der Bundesrat das letzte Wort. Ist das Gesetz aber zustande gekommen, so ist sicher damit die Regelung der Hausindustrie auf lange Zeit hinaus abgeschlossen. Es gilt daher, in letzter Stunde die Wünsche und Forderungen, die die Heimarbeiter und ihre Freunde an die Gesetzgebung haben, noch einmal zum offenen Ausdruck zu bringen.

Der Heimarbeiterkongreß von 1904 und die deutsche Heimarbeitsausstellung von 1906 haben den Anstoß zu dem Hausarbeitsgesetz gegeben, das Ende 1907 dem Reichstag vorgelegt worden ist und somit volle drei Jahre bis zur Entscheidung gebraucht hat. Die Regelung der Hausarbeit nach den Beschlüssen der Reichstagskommission erscheint in wichtigen Punkten unzulänglich; daher sind wir der Überzeugung, daß im Rahmen dieses Gesetzes noch manche Verbesserungen Platz greifen müssen, soll wirklich den schweren Notständen der Heimarbeiter gesteuert werden. Um solche Verbesserungen vorzuschlagen und an Reichstag und Bundesrat zu bringen, laden wir Vertreter der Heimarbeiter aller Berufsweige und Freunde der Heimarbeiter aus den bürgerlichen Ständen (!), die bisher schon zu gemeinsamer Arbeit wiederholt vereint waren, zu einer Kundgebung ein. Mit Vermeidung aller politischen Tendenzen, ohne Unterschied der gewerkschaftlichen Richtungen, ist der Zweck dieser

Rundgebung einzig und allein, die Wünsche und Forderungen der Heimarbeiter noch einmal zusammenzufassen und öffentlich auszusprechen.

Der Heimarbeiterkongress wird stattfinden am 12. Januar 1911 von 9 Uhr vormittags an in den Räumen von

Kellers Neue Philharmonie, Berlin, Köpenicker Str. 96/97. Das Hauptreferat hat Professor Dr. Wilbrandt-Tübingen übernommen. Anmeldungen zu diesem Kongress nimmt entgegen das Bureau für Sozialpolitik, Berlin W. 30, Nollendorfstraße 29/30.

Eine möglichst zahlreiche Beteiligung der Heimarbeiter wird der Sache dienen. Ergeht von dem Kongress eine einmütige und starke Forderung der Heimarbeiter in Stadt und Land an den Reichstag und den Bundesrat, so werden ihre Wünsche, das

hoffen wir bestimmt, ihren Eindruck nicht verfehlen und das Hausarbeitsgesetz so gestalten helfen, wie es den Bedürfnissen und Werten der Heimarbeiter entspricht.

Der Aktionsausschuss:

Professor Dr. E. Franke, Margarete Behm, Ingenieur E. Bernhardt, Joh. Giesberts, M. d. R., C. Goldschmidt, Krüger, Joh. Sassenbach, Robert Schmidt, M. d. R., Dr. phil. Gertrud Bäumer, Frau Minna Cauer, Gertrud Dyhrenfurth, Margarete Friedenthal, Gustav Hartmann, Professor Dr. Heinrich Hertner, Frau Geheimrat Dr. Hopmann, Karl Hübsch, Paula Mueller, Frau Luise Rosengart, Gustav Sabath, M. C. Schiffer, M. d. R., Anna Schmidt, Professor Dr. Werner Sombart, Professor Dr. Robert Wilbrandt, Leopold Winter, Privatdozent Dr. Walde-mar Zimmermann.

Literarisches.

Die bürgerliche Jugendbewegung. Von Karl Korn, Redakteur der Arbeiter-Jugend. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend (Hr. Ebert). Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. 112 Seiten. Preis brosch. 1 Mark, geb. 1.50 Mark.

Jeder für die Jugendbewegung interessierte Genosse sollte sich in den Besitz der Schrift setzen. Aber auch die Jugendlichen selber werden aus ihr mannigfache Belehrung schöpfen können, sowohl über die Gefahren, die ihrem Vorwärtstreben von gegenwärtiger Seite drohen, als auch über die Notwendigkeit, ihre Altersgenossen, Lehrkameraden und jugendlichen Mitarbeiter der freien Jugendbewegung zuzuführen.

Grösstes Zigarren-Wickelformenlager Deutschlands

in neuen und gebrauchten Formen finden Sie nur bei

L. Cohn & Co.

Berlin N., Brunnenstrasse 24.

Verlangen Sie sofort Modellbogen von neuen und gebrauchten Formen. Zusendung kostenlos sofort.

Jedes Fasson in neu und gebraucht stets am Lager.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3946

empfehlen in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, nur Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 d.
Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180 d.
Java-Decker dunkel 220 d., hell 260, 280, 300, 320 d.
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 d.
Java-Einlage 95 d., mit Umbl. 110, 120, 130 d.
Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320 d.
Brasil-Decker 175, 200, 210 d.
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 d.

Wickelformen neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 150 d. **Schiffchen-Abdrücke** verjende gratis und franko. **Neue, schmiedeeiserne Formenpressen** mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M. **Gummi-Tragant**, allerfeinste Ware, größte Klebekraft, per Pfd. 250 d. **Zigarrenband** pro 50 Meter-Rolle, gelb, 80, 105, 120, 125, 150, rot 130 d. **Bastbündelband**, grau und lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 d. **Preise per Pfund verzollt einschl. Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.**

L. Cohn & Co., Berlin N.

Telegr.-Adresse Brunnenstrasse 24 Fernsprecher Amt III, 513
Formencohn Berlin liefern

Vollständige Einrichtungen für Zigarren-Fabriken
neu und gebraucht
unter denkbar günstigsten Bedingungen.

Grösstes Fabrik- und Handels-Geschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branche
Gegründet 1870.

Grösstes Rohtabak-Lager
Amerikanische sowie deutsche Tabake.
Man fordere unsere Preislisten. — Man verlange unsere neuesten Modellbogen. — Zusendung kostenlos sofort.

Garant. rein überseeische Rippen laufen jeden Posten Funke & Cie., Düsseldorf.

Ausnahme-Angebot

Zinta 800 Pfund
Havanna-Einlage
lofe Blätter, vorzügliche Qualität
120 Pfg. per Pfund verzollt.

Brinkmeier & Co.
Bremen, Geeren 58.

Arbeit und Trunk

von John Burns
Mitglied des engl. Palaments
Bei freier Zufendung 30 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiter Leipzig, Tauchaer Straße 19/21

Gewerkschaftsbewegung u. Alkoholfuge. Mit Beitr. 15. Zu beziehen durch die Expedition der Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Str.

Unsere Kolleginnen **Auguste Schoppe** aus Groß-Freden nebst **Bräutigam W. Wulf u. Johanne Oelze** aus Groß-Freden nebst **Bräutigam W. Kloth** zu ihrer am 26. Dezember stattfindenden Hochzeitsfeier herzlichste Glückwünsche.
Die Kollegen und Kolleginnen der Zig.-Fabrik A. Traupe & Co. in Freden a. L.

Robert Kutschke

aus Stargard in Pommern wird gebeten, sich wegen Erblichkeit zu melden. Die Geschwister.

Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Zigarrenmacher **Philipp Schuck aus Koblen** befindet, werden gebeten, mir sein Adresse zukommen zu lassen. Post wird vergütet. **Karl Rüss**, 3. Der Löwenstein bei Pyrmont.

Todes-Anzeigen.

Am 15. Dezember verstarb infolge Erstickens unser Kollege und 1. Bevollmächtigter **Wilh. Jacobs** aus Cleve.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Zahlstelle Dortmund.

Am 15. Dezember starb nach längerem schwerem Leiden unser langjähriger Mitglied **Heinrich Posteler** aus Derlinghausen im Alter von 40 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Zahlstelle Derlinghausen.

Am 18. Dezember starb nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied **Luise Leuschner** aus Seichau im Alter von 43 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Zahlstelle Goldberg in Schlesien.

Briefkasten.

Koll., Freden, 1.30 M. — R. F. Löwenstein, 80 Pfg.

Telephon 11358.

Telephon 11358.

Hermann Lehmann, Leipzig

6 Bauhofstrasse 6

empfehlen als besonders preiswert und gut

Sumatra-Decker à 220, 240, 250, 260, 280, 300, 340, 380, 410, 500 d.
Sumatra-Umblatt à 160, 175 d.
Vorstenland-Decker à 250, 310, 320, 400, 500 d.
Java-Umblatt à 150, 160, 170, 175, 180, 185 d.
Java-Einlage à 115, 120 d.
Aufarbeiter à 125 d.
Felix-Decke, schneeweiß, Brand, 220 d.
Felix-Einlage à 135, 145, 150, 160, 170, 175 d.
Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll. Versand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto. Man verlange neueste Preisliste.

Als ganz besonders preiswert offeriere:

Sumatra à 1.70, 1.80, 2.—, 2.20, 2.40 bis 5.50 M. — **Java** à 1.10, 1.15, 1.20, 1.35, 1.60, 1.70 bis 2.— M. — **Felix** à 1.15, 1.35, 1.45, 1.50, 1.80 M. — **Dede** à 2.20 M. — **Domingo** à 1.10, 1.15, 1.20, 1.25 bis 1.50 M. — **Carmen** à 1.15, 1.20, 1.30, 1.40, 1.50 M. — **Mexiko-Decke** à 3.60, 3.80, 4.50 M. — **Einlage** à 1.40 M. — **Havana** à 2.60 u. 3.60 M. — **Cuba** à 2.50 M. — **Prima Holländer Umblatt** à 1.20 u. 1.25 M. — **Elsässer** à 98 d. — **Uckermärker**, lofe Blätter à 96 d., geschnitten à 1.05 u. 1.10 M. **Diskont gewähre 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme. — Illustrierte Preisliste gratis und franko.**

Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Alttestes Rohtabak-Verandgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.*

Die Expedition des Tabakarbeiter, Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
empfehlen folgende Bücher:

Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt. Volksausgabe. Von Fürst Peter Kropotkin. 2 M. (Porto 20 Pfg.).
Erinnerungen eines Japaners. Schilderungen bis auf die Neuzeit. 300 Seiten stark. Von J. Peco, Tokio. 75 Pfg. (Porto 20 Pfg.).
Im Reiche der Freiheit. Briefe über den Sozialismus. Von Robert Blatchford. Statt 1 M., nur 50 Pfg. (Porto 20 Pfg.).
Der Erdball. Seine Entdecker und seine Wunder. Von Dr. Braun. Mit über 400 Illustrationen und 4 farbigen Tafeln. Statt 6 M., nur 2.75 M. (Porto 50 Pfg.).

Brinkmeier & Co.

Bremen, Geeren 58

altbekannte reelle Bezugsquelle

empfehlen als gut und sehr preiswert
Sumatra-Decker 180, 215, 220, 240, 250, 300, 340, 350, 400, 425, 550 d.
Sumatra-Umblatt 160, 170, 180 d.
Java-Vorstenland-Decker 180, 200, 230, 240, 330, 340 d.
Java-Umblatt 130, 135, 145, 150, 160, 170, 180 d.
Java-Einlagen 100, 105, 110 d.
Brasil-Decker 200, 220, 240 d. (4-5 Pfd. deckend, vorzüglicher Brand).
Brasil-Umblatt und Einlage 120, 135, 140, 150, 160, 170 d.
Domingo-Umblatt und Einlagen 100, 110, 115, 120, 135 d., nur wirklich gute Qualitäten, trocken.
Carmen-Umblatt und Einlagen 100, 110, 115, 120, 125, 130 d.
Seedleaf 145, 155 d., sehr feines, mittel-fräktiges, zartes Umblatt.
Mexiko-Decker 250 d., braun, kolossal deckfähig.
Havanna-Einlagen 170, 180, 275 d., feine Qualitäten.
Yara Cuba 190, sehr feine, kernige Einlage.
Losgut 95, 100, 105 d., kolossal blattig, trocken u. kerngesund, meist Umblatt, sehr preiswert.
Kentucky 130, 150, 160, 170, 180 d.
Virginy-Umblatt und Deckblatt für Desterreicher u. Brissago 160—180 d.
Geschlittene Einlage (Java mit Brasil) 110 d.
Versand unter Nachnahme. Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.

Achtung, äusserst billige Offerte!
Garant. reinamerik. Losgut 95 d., leichtes Seedleaf-Umbl. 130 d., leichter Dorneo, 2 L., 120 d., Domingo 110-130 d., Java-Umbl. 120, 130, 140, 150 d., Brasil 120, 130, 150 d., Brasil-Decke, schneew. Brd., gute Deckf., 250 d., geschn. Java u. Brasil 120 d., Grus 80 d., Sumatrabl. 200, 220, 320, 400 d., Vorstenlandbl. 250 d., Ziga.-Ringe 100 St. v. 20 d. an. W. Wedeking, Ottensen, Eulensht. 3.

Bettnässen

Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeblich. Auskunft umsonst. Institut „Sanitas“, Velburg 87, Bayern.

Java-Sumatra linkschell per Pfund 2.70
Java-Sumatra 1. Blattlänge per Pfund 3.60
Diese Tabake brennen tabellos und decken mit 1 1/2 Pfund.

Carl Roland, Berlin SO.
Kottbuser Straße 4.

Achtung!

Als sehr günstiges Angebot empfehlen

Java-Deckblatt

zweite Länge, reinfarbig, mittel bis helle Farben, hochfein in Brand u. Geschmack, mit Zoll u. Wertsteuer per Pfund M. 3.—.

Typen versenden gerne gratis und franko

Hengfoss & Maak
Altona-Ottensen

Filiale:
Berlin N., Brunnenstrasse 25.

Jacob Hirsch jr., Mannheim B 1, 9.

Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen inkl. Zoll u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehlung viel. Aerzten Prof. gratis u. frko. H. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin NW., Friedrichstr. 61/62.

Grus

(rein) 30, 60, 90, flets da, präp. ff. Ripp.-Einlg. 25. Hell Dely 220, 320, 380, 420. Dopp. Carm., Domingo, Hülfert. u. 100. Entrpt. am. Einlg. Kemmler, Breslau 6.

Rohtabak-Angebot Heinrich Franck, Berlin, siehe vierte Seite des Hauptblattes

Tabakarbeiter gehörten in vergangenen Jahren zu den besser gestellten Arbeitern. Da die Industrie eine verhältnismäßig junge ist (im Jahre 1788 wurde in Hamburg die erste Zigarrenfabrik, 1802 in Dresden die erste Zigarettenfabrik gegründet), blieb den Arbeitern die Zeit der Blüte ujm. erspart. Im Jahre 1848 entstand in Bremen die erste Zigarrenarbeiterorganisation. Im Jahre 1868 hören wir in Berlin von einem Zigarrenarbeiterstreik, bei dem 800, im Jahre 1872 von einem Streik, bei dem 1500 bis 2000 Zigarrenarbeiter in Mitleidenchaft gezogen wurden. Beide Kämpfe konnten mit einem vollen Erfolge nicht beendet werden, und die auf beiden Seiten geschlagenen Wunden waren groß. Auch die dann einsetzende Tabaksteuer schlug der Arbeiterschaft schwere Wunden. Bemerkenswert ist die Fähigkeit, mit der die Arbeiterschaft, allen Widerwärtigkeiten und Niederlagen trotzend, immer wieder die Reihen der Organisation schloß und den Fabrikanten, die auf der Suche nach billigen Arbeitskräften ihre Betriebe in die dunkelsten Gegenden Deutschlands verlegten und noch verlegen, folgten.

Der Redner ging dann des näheren auf die jetzige Tarifbewegung ein. Auch in Berlin mußte versucht werden, durch Tarife die Lage der Tabakarbeiter zu heben, trotzdem wir in Berlin mit großen Schwierigkeiten in Gestalt des Kleinbetriebes und der Heimarbeit zu rechnen hätten. Mit einem feurigen Appell an die Anwesenden, alles zu tun, die uns noch fernstehenden heranzuziehen, damit wir auch in Berlin die Tarifbewegung beginnen und siegreich zu Ende führen können, schloß der Kollege Schulze seine trefflichen Ausführungen. Reicher Beifall lohnte den Redner.

Unter Verschiebenem wurde von einigen Kollegen angeregt, eine andere Kontrolle der Arbeitslosen einzuführen, da jetzt mit dem System der zweimaligen täglichen Meldung eine ungehörliche Belastung der Arbeitslosen verbunden sei. Der 1. Bevollmächtigte Kollege Walter versprach, sich mit dem Vorstand wegen dieser Angelegenheit in Verbindung zu setzen. Die Versammlung beschäftigte sich dann mit den Zuständen in der Zigarettenfabrik „Garbaty“. Die Ortsverwaltung soll sich mit der Angelegenheit noch weiter beschäftigen und geeignete Schritte unternehmen, die Mißstände in der Fabrik zu beseitigen und die dort beschäftigten organisierten Kollegen zu schützen. Zum Schluß der Versammlung wurde vom Kollegen Scheide der Antrag gestellt, den arbeitslosen Kollegen am Orte, die vollberechtigt sind, vor Weihnachten bis 24. Dezember mindestens ununterbrochen vier Wochen arbeitslos waren und sich regelmäßig zur Kontrolle gestellt haben, eine Extra-Weihnachtsunterstützung von 10 Mk. aus der Lokalkasse zu bewilligen. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Klein-Kroenbourg. Die Lohnbewegung bei der Firma J. M. Kopp wird von dem Organ der Christlichen nun schon zweimal angezogen, um den verhassten Genossen in echt christlicher Art und Weise eins anzuhängen. Die Freibierspende, die die Firma nach Abschluß der Lohnbewegung ihren Arbeitern gab (die, nebenbei bemerkt, nicht den Beifall aller unserer Mitglieder gefunden hat), bot den edlen Christen billigen Stoff zum Schimpfen auf die „Genossen“. Doch wie immer, treffen auch hier die vergiftenden christlichen Pfeile daneben. Nach dem christlichen Organ sollen in Klein-Kroenbourg die „Genossen“ 300 Liter Bier auf Kosten des Fabrikanten getrunken haben. Wirklich, waren es nur „Genossen“? Oder haben nicht auch „Christliche“ bei dem Freibier sich gütlich getan? Nun, wir wollen der „christlichen“ Vergessenheit etwas nachhelfen und ihnen verraten, daß auch ein Vorstandsmitglied der Christen als Mitglied der Lohnkommission nichts gegen das Anerbieten der Firma (Freibier zu spenden) einzuwenden hatte. Und weiter: hat nicht auch ein christlich organisierter bei dieser Gelegenheit eine groß angelegte Rede gehalten? Und haben nicht auch alle „Christlichen“, die bei dieser Firma in Arbeit stehen, mitgetrunken? Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie, diese edlen „Christen“. Hoffentlich werden wir nicht allzu lange auf Beantwortung unserer Fragen warten müssen; und hoffentlich wird das christliche Organ seinen Lesern bald die hier festgestellten Tatsachen unterbreiten.

Übrigens möchten wir den mutigen „Christen“ noch anraten, anstatt auf die „Genossen“ zu schimpfen, sich mehr um die Verhältnisse auf den Fabriken zu kümmern, insbesondere dort, wo fast nur sie in Frage kommen; denn da liegt noch vieles im argen und bedarf dringend der Abhilfe. Mit dem Schimpfen auf die Genossen werden sich dort die Verhältnisse kaum bessern!

Schönaich (Württemberg). Hier tagten in den letzten Wochen drei Tabakarbeiterversammlungen. Schönaich, ein Ort ohne Bahnstation und mit ländlicher Bevölkerung, wurde in den letzten fünf Jahren mit der Industrie beglückt. Stidereien und Zigarrenfabriken wurden eröffnet. Die in diesen Betrieben erzielten Wochenverdienste sind äußerst gering. Wochenverdienste bei zehnständiger Arbeitszeit von 10—12 Mk. sind an der Tagesordnung. Die gewandtesten Arbeiter bringen es bis zu 30 bis 35 Mk. in 12 vollen Arbeitstagen. Diese niedrigen Verdienste sind darauf zurückzuführen, daß man noch Lohnerlöshöhe von 36, 37, 40 und 42 Pfg. pro 100 Stück zahlt; für Widel zahlt man 18, 19, 20 und 22 Pfg.; in einzelnen Fällen bei komplizierten Fassons auch 24 Pfg. pro 100 Stück. Sortierlöhne von 45 Pfg. sind gang und gäbe. In den im verflossenen Jahre und diesem Jahre abgehaltenen Protestversammlungen wurden die Tabakarbeiter mit dem Gedanken der Organisation vertraut gemacht; man versprach dem Gauleiter H. Heising, sich der Organisation anschließen zu wollen, falls die Fabrikanten nicht bessere Löhne zahlen. Die Arbeiter vertrauten leider den Versprechungen der Herren und nahmen eine gleichgültige Stellung zum Verband ein. Raum war die Tabakbesteuerung zur Annahme gelangt, trat eine schroffere Behandlung ein. Hauptächlich ist es der Meister in der Zigarrenabteilung, ein Mann aus dem badi-schen Oberland, der die Kollegen stets höhnte und erklärte: „Die Lohnzahlung ist eine gute, bei uns in Baden zahlt man solche Löhne nicht; die Leute leben bei uns auch, aber bei uns steht man die Weiber nicht auf den Stuhl und läßt ihnen die Kinder häßeln, dort müssen sie mit in die Fabrik und schaffen, die Kinder bringt man in Aufwahrung und holt sie am Abend wieder. Macht es auch so, dann langt auch der Lohn.“ Die Wahrheit sprach der Meister vollaus, sie ist recht bezeichnend für das badi-sche Musterland, das Land der demokratisch-liberalen und zentrierten Zigarrenfabrikanten. Die Arbeiter Schönaichs haben aber andere Begriffe über Ehe und Familienleben und antworteten prompt: „Diese Waden führen wir hier nicht ein, wir haben uns verheiratet, um ein Heim zu haben; unsere Frauen sollen uns Kinder warten, und wenn sie freie Zeit haben, können sie ins Feld gehen und den Acker bestellen. Das ist unsre Auffassung, sonst hätten wir ja ledig bleiben können.“ Manchem ist aber Ehegild und Häuslichkeit auf Grund der niedrigen Lohnzahlung schon genommen, er mußte sein Weib, die Mutter der Kinder, mit ins Fabrikloch spannen. Als nun in den Versammlungen ein Rückblick seitens der beiden Referenten Weitmüller und Heising gegeben wurde, fiel das Samenwort auf guten Boden, es ließen sich einige in den Verband aufnehmen. Raum war das bekannt, erfolgte auch schon eine Maßregelung und Aufkündigung von Verbandsmitgliedern. Der Vorstand in Bremen genehmigte sofort auf Antrag des Gauleiters Heising die Gewahrgelassenunterstützung. Gestützt auf diesen Beschluß warfen sich beide Referenten aufs neue in die so gefährliche Situation, den Schutz der Organisation nachweisend. Eine Begeisterung entflammte unter den Kollegen, als der Brief des Gauleiters bekannt wurde, der die Unterstützung des Verbandes kundgab; in großer Anzahl strömten die Kollegen am 17. Dezember abermals zur Versammlung und lauschten dem Vortrage Heising's, der die Entwicklung der Tabakindustrie seit dem Jahre 1870 und die schädigenden Wirkungen der Tabaksteuern darlegte und die günstige Einwirkung des Verbandes auf die Lohnverhältnisse an Hand der Jahresberichte bewies, sowie den Weg

zeigte, den auch die Arbeiter am Orte gehen müssen, wollen sie eine Verbesserung ihrer Lage erzielen. Auf die Gründung des Reichsarbeiterverbandes in unserm Verufe hinweisend, der die Interessen der Fabrikanten vertritt, forderte er die noch nicht dem Verbands Angeschlossen auf, ihren Beitritt zu erklären. Das Resultat der beiden Referenten Weitmüller und Heising zeigte sich im Anschluß von 190 Mitgliedern zum Verband, die prompt Eintrittsgeld und Beiträge eingezahlt haben. Der Gauleiter schritt dann zur Erläuterung der Statuten, worauf die Wahl der Ortsverwaltung erfolgte und die Zahlstelle gegründet wurde. Möge sie blühen und gedeihen zum Schutze der Kollegschaft und zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und zum Trübe gegen Ausbeutung und Schmälerung des Vereinigungsrechts, welches uns gesetlich gewährleistet ist. Brausen der Beifall folgte dem Vortrag. Mit dem verlangten Versprechen auf baldiges Wiederkommen schieden die alten und neuen Verbandskollegen in später Abendstunden. Dem Ehemann und seiner gastfreundlichen Frau wollen wir nicht vergessen, für ihre freundliche Mitwirkung den Dank aller auszusprechen.

Wintersdorf. Am 13. Dezember fand eine Mitgliederversammlung statt; die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag über Sozialpolitik und ihre Wirkung auf das Wirtschaftsleben; 2. Kartellbericht; 3. Tarifangelegenheit; 4. Neuwahl der Ortsverwaltung; 5. Verschiedenes. Zum ersten Punkte war der Gauleiter Kollege Wiefen aus Erfurt erschienen. Dieser schilderte in markanten Worten die wirtschaftliche Schädigung durch den Zollwucher. Reicher Beifall wurde dem Referenten am Schluß seiner Ausführungen gezollt. Den Kartellbericht erstattete der Kollege Lehmann. Der Bericht wurde debattelos angenommen. Zur Tarifangelegenheit: Weil der Kollege Schuldt schon den ortsüblichen Tarif hat, soll von einer Kündigung abgesehen werden und nur die neu eingeführten Sorten sollen in einem Anhang dem Tarife beigelegt werden. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurden die Kollegen Otto Scheide als erster, Artur Lehmann als zweiter und Alfred Schröder als dritter Bevollmächtigter gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Paul Schuldt, Otto Graichen und Max Kruschwitz gewählt. Zu Kartelldelegierten wurden Otto Scheide und Artur Lehmann und zum Bildungsausschussdelegierten Erstgenannter wiedergewählt. Zu Verschiedenem wurde beschlossen, daß jeder Kartelldelegierter 60 Pfg. für jede Kartellbesitzung erhalten soll. Um die dadurch entstehenden Kosten zu decken, soll jedes Mitglied pro Monat 5 Pfg. mehr bezahlen und der Ueberschuß soll zur Unterstützung der in Not geratenen Mitglieder verwendet werden. Diesem wurde einstimmig zugestimmt. Hoffentlich wird der Besuch der kommenden Versammlungen ein regerer. Es sollte sich jeder Kollege und jede Kollegin zur Pflicht machen, mit zu beraten und mit zu helfen, unsere Verhältnisse zu verbessern, denn sie sind nicht glänzend am Orte.

Vereinstell.
Deutscher Cabakarbeiter-Verband.
Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. — Telefon Nr. 6046.
Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Bekanntmachungen.

An die Bevollmächtigten!
Der unterzeichnete Vorstand richtet an die Bevollmächtigten aller Zahlstellen des Verbandes das dringende Ersuchen, gleich nach Beendigung dieses Jahres die Abrechnung für das 4. Quartal dieses Jahres aufzustellen, von den Kontrollreuren prüfen zu lassen und dem Vorstande einzusenden. Die rechtzeitige Einreichung der Abrechnung für das 4. Quartal 1910 ist schon deshalb erforderlich, um es zu ermöglichen, den Jahresbericht baldigst anzufertigen und den Mitgliedern zustellen zu können.

Im besonderen ist bei Aufstellung der Abrechnung für das 4. Quartal 1910 auf folgendes zu achten:
Alle Mitglieder, die am Schluß des Jahres noch Darlehn aus der Verbandskasse im Besitze haben, sind auf einer besonderen Liste mit dem vollständigen Namen, Geburtsort, Aufenthaltsort, Serien- und Buchnummer, Beitragsklasse und Aufnahme datum zu verzeichnen und dabei anzugeben, welches Darlehn jeder dieser Darlehnsbesitzer am Schluß des Jahres noch besitzt. Die aufgestellte Liste der Darlehnsbesitzer ist dem Vorstande mit der Abrechnung einzusenden.

Außer dieser aufgestellten Liste der Darlehnsbesitzer ist darauf auch noch im besonderen zu achten, daß richtige und über-sichtliche Angaben über Mitgliederbewegung und Mitgliederbestand gemacht werden. In keiner Zahlstelle dürfen diese Angaben fehlen und unrichtig oder mangelhaft aufgestellt sein. Die Zahl der in jeder Zahlstelle noch liegenden Mitglieds-bücher (Serie I und II) sind auf der Abrechnung für das 4. Quartal 1910 und zwar in der passenden Rubrik unter „Wertzeichen“ aufzuführen.

Am Schluß des Jahres 1910 noch vorhandene Mitglieds-karten sind, weil diese laut Generalsammlungsbeschluß nicht mehr geführt werden, im Beisein der Bevollmächtigten und Kontrollreure zu vernichten. Bei Neuaufnahmen von Mitgliedern sind erst die Mitgliedsbücher Serie I zu verwenden und sofern diese verbraucht sind, die Mitgliedsbücher Serie II. Die Mitgliedsbücher sind an alle neu aufgenommenen Mitglieder und Mitglieder im Besitze von Mitgliedskarten und an Mitglieder, deren Bücher regelrecht vollgekauft sind, unentgeltlich auszu-stellen, während andere Erbschaftsbücher mit 20 Pfg. bezahlt werden müssen.

Die Mitgliedskarten, für welche Mitgliedsbücher ausgestellt worden sind, sind dem Vorstande einzusenden.

Beim Ausstellen von Erbschaftsbüchern für vollgekauftete Mit-gliedsbücher ist besonders darauf zu achten, daß das letzte Unter-stützungsjahr für Arbeitslosigkeit oder Krankheit und die in diesem betreffenden Unterstüttungsjahre ausgezahlte Unter-stützungssumme in das neue auszustellende Mitgliedsbuch einge-tragen wird.

Diese Uebersetzung macht sich notwendig, um zu vermeiden, daß zuviel Unterstützung ausgezahlt wird.

Allen Zahlstellen ist im Laufe dieses Quartals ein Frage-bogen bezüglich eventuell bestehender Lokalkassen usw. zuge-gangen. Diese Fragebogen sind ebenfalls gewissenhaft zu beant-worten und mit der Abrechnung dem Vorstande einzusenden.

Auf den Beschluß des Vorstandes in Nummer 49 dieses Blattes vom 4. Dezember 1910 sei nachdrücklich darauf hin-gewiesen, daß Mitglieder, die aus andern Gründen als Arbeits-mangel arbeitslos geworden sind, keinen Anspruch auf diese Extra-Arbeitslosenunterstützung haben.

Die aus andern Gründen arbeitslos werdenden Mitglieder haben nur Anspruch auf die statutarische Unterstützung, über die hinaus nicht gezahlt werden darf.

Ganz unstatthaft ist es, wenn Mitglieder in einer Zahl-stelle zureisen, die ausgetrennt sind und dort eine Wanderkarte erhalten, obgleich dem Aussteller der Wanderkarte jeder Nach-weis fehlt, daß die Arbeitslosigkeit auf Arbeitsmangel zurück-zuführen ist.

Auf die Wanderkarten, lautend auf Jakob Kopp aus Bronte i. Posen, geb. am 28. 9. 85, G. II, 2671, ausgen. am 2. 7. 00,

und Hermann Kopp aus Schönaich, geb. am 20. 9. 90, G. I, 41 897, ausgen. am 9. 8. 08, die fälschlicherweise in Hamburg ausgestellt worden sind, ist keine Unterstützung auszubezahlen. Die Wanderkarten schide man hierher ein.

Als verloren wurde gemeldet:
Von Hasteft-Gemeinden das Mitgliebsbuch, G. II, 13310, lautend auf Heinrich Wohlers aus Hasteft, geb. am 9. 3. 74, ausgen. am 16. 3. 90.

Zur Statistik über Arbeitslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern.

Achtung, Bevollmächtigte! Die Statistikarte betreffs Arbeits-lostigkeit für die Woche vom 19. bis 24. Dezember d. J. muß von allen Zahlstellen — ganz gleich, ob arbeitslose Mitglieder vorhanden waren oder nicht — bis zum Dienstag, den 27. Dezember, eingeliefert werden.

Bremen. Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Calw (Württemberg): Ernst Wegel als 1. Bev.
Für Schönaich (Württemberg): Christian Wagner als 1. Bev.
Für Zeuthen-Unterwiesheim (Karlsruhe): Jakob Rieger als 1. Bev.

Vom 13. bis 19. Dezember 1910 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
25. November. Stuttgart, durch H. Heising . . . 100.—	14. Dezember. Prenzlau . . . 200.—
7. Dezember. Stuttgart, durch H. Heising . . . 50.—	14. Böttingen . . . 250.—
11. Barmen . . . 200.—	14. Panau . . . 100.—
12. Rehme i. W. . . 150.—	15. Wittenberg . . . 50.—
12. Leimen . . . 100.—	15. Bünde-Feldmark . . . 300.—
13. Wittenberge . . . 30.—	15. Neuluthheim . . . 100.—
13. Ruhlach . . . 140.—	15. Breslau . . . 300.—
13. Goldberg . . . 100.—	16. Spenge . . . 400.—
14. Solßen . . . 300.—	16. Schönaich . . . 121.85
14. Minden i. W. . . 500.—	17. Langenbielau . . . 100.—
	17. Schiffbed . . . 100.—
	19. Begejard . . . 90.—

B. Für Annoncen:

13. Dezember. Klein-Aischen, D. Vobe . . . —.70
Einwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten anbringen.
Bremen, den 19. Dezember 1910.

W. Nieder-Welland, Kassierer,
Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Häressen-Änderungen:

Für Calw (Württemberg): Der 1. Bev. Ernst Wegel wohnt Obere Vorstadt.
Für Barmen: Alle Zuschriften sind an den 2. Bev. Alfred Wegel, Bogenstraße 29, zu richten.
Für Zeuthen-Unterwiesheim (Karlsruhe): Der 1. Bev. Jakob Rieger wohnt in Zeuthen, Gasthof zum Ochsen. — Der 2. Bev. Gust. Sauer wohnt in Unterwiesheim.

Bernburg. Die nach hier zahlenden Mitglieder wollen ihre Beiträge bis zum 1. Januar 1911 einsenden, da die Abrechnung am 1. Januar 1911 fertiggestellt werden muß. Laut Versammlungsbeschluß sind die Lokalkassen mit den Verbandsbeiträgen zu entrichten. Der Lokalkassentrag beträgt pro Mitglied und Woche 5 Pfg. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Sildesheim. Achtung! Den Mitgliedern von Sildesheim und Umgegend zur Nachricht, daß am Sonntag, den 1. Januar 1911, die Abrechnung vom 4. Quartal stattfindet. Es wird ersucht, die Reste bis dahin zu begleichen.
Die Ortsverwaltung.

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

- Für den 1. Gau:
Altona-Ottensen: J. Penke, Schulstraße 9, I.
- Für den 2. Gau:
Bremen: Im Bureau des Vorstandes, Faulenstraße 58/60, II.
- Für den 3. Gau:
Braunschweig: Wilhelm Jansen, Wendenstraße 53, im Verkehrslokal Stadt Künneburg.
Sprechstunde: Wochentags von 11 bis 12 Uhr vormittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachmittags. Auch erhalten Zugereiste dort Arbeitslosenunterstützung.
- Für den 4. Gau:
Nordhausen: Verbandsbureau, Wolfstraße 14.
- Für den 5. Gau:
Bielefeld: Alb. Schulz, Turnerstraße 45, Arbeitersekretariat.
- Für den 6. Gau:
Aöln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 10, II.
- Für den 7. Gau:
Sieben: Heinrich Günther, Löbkestraße 26, II.
Umfassend den Bezirk Oberhessen und Kreis Wehlar.
Pfungstadt: Ludwig Löppinger, Sandstraße 102.
Umfassend den Bezirk Rheinhessen und Provinz Starlenburg.
Panau: Konrad Gräbner, Nordstraße 56.
Umfassend die Kreise Panau, Omburg, Marburg, Kirch-hain, Fulda, Hünfeld, Melnhausen, Schlüchtern, Hersfeld (Provinz Hessen-Nassau) und Regierungsbezirk Unterfranken und Aschaffenburg (Königreich Bayern).
- Für den 8. Gau:
Hodenheim: Ludwig Koch, Obere Hauptstraße 72.
- Für den 9. Gau:
Stuttgart 13: Ad. Heising, Florianstraße 8, I.
- Für den 10. Gau:
Erfurt: Reinhold Blankenburg, Rottburggasse 6, Strß.
Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachmittags.
- Für den 11. Gau:
Dresden-A.: Franz Schmidt, Rigenbergstr. 2, II, Zimmer 2A.
- Für den 12. Gau:
Breslau: William Stöhr, Friedrich-Wilhelm-Straße 82, I.
Jauer: Heinrich Zielke, Kassierer, Vollenhainer Straße 19.
- Für den 13. Gau:
Berlin: Alwin Schulze, Berlin O., Große Hamburger Straße 18/19, Verbandsbureau.
Alle Arbeitsuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Be-girten dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vor-stehende Adressen wenden.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Cabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Neuhof, Mozartstraße 5, I.
Auskub: D. Sidow, Brandenburg a. H., Steinstraße 22.
Schießgericht: B. Dehmann, Berlin N., Ruheplatzstraße 24.

Eingegangen: Sterbekasse: Pirna 72.— Mk.
Zusätze: Pirna 72.—, Ballendar 25.—, Rheingönheim 50.—, Durlach 40.— Mk.
Krankengeld: 38.17 Mk.
Hamburg, den 19. Dezember 1910. J. Otto.

In der Einschreibung vom 16. Dezember in Amsterdam kaufte ich direkt
4 Partien, 246 Ballen

== Java-Tabak ==

Umblatt, Aufarbeiter und Einlagen

nur Qualitätstabake von tadellosem Brande und grösster Ergiebigkeit.

Die Tabake treffen Ende dieses Monats in Berlin ein und bitte ich, dann
Preisliste einzufordern.

Ich werde diese Partien sehr preiswert verkaufen!

Sumatra-Decken

Nr. 1543 Deli My/P B

Vollblatt, 2. Länge, brauner Qualitäts-
tabak, sehr deckfähig, billigstes Material

2⁵⁰
Mark

Nr. 1567 Padang Brahrang

Lochblatt, 2. Länge, Linksroller, mit
prachtvoll hellfahlen reinen Farben,
sehr blattig

2⁷⁰
Mark

Nr. 1568 Deli My/K B Langkat

Vollblatt, grosse zarte 3. Länge, rechts
hell, links ganz lebhaft hell, riesig
deckfähig

2⁸⁰
Mark

Nr. 1420 Senembah

Vollblatt, 3. Länge, sehr gross, sehr
blattig, zart, weich, prachtvoll hell

3⁶⁰
Mark

Nr. 1407 Deli My/P

1. Länge, Lochblatt, fast Vollblatt, edle
ganz helle lebhaft Farben, feinsten Ge-
schmack

4⁰⁰
Mark

Nr. 1575 Deli B^a My

Vollblatt, 3. Länge, hochfein hell, links
ganz hellfahl, riesig blattig, festes Blatt

4¹⁰
Mark

Beordern Sie
in Ihrem eigenen
Interesse sofort
Proben!

Heinrich Franck

**Berlin N. 54
:: Brunnen-
Strasse 185**

Gegründet 1879.

Postscheckkonto: Berlin 1735.

Telephon: Amt III, 4352.

W. Hermann Müller
Berlin, Magazinstr. 14.

Rohtabake

Besonders
empfehlenswert

Nr. 6694

Sumatra

2. Länge Vollblatt

à Pfd. 2.50 $\mathcal{M}$ verzollt.

Geschn. Java-Einlage

à Pfd. 1.20 $\mathcal{M}$ verzollt.

Geschn. Brasil-Einlage

à Pfd. 1.20 $\mathcal{M}$ verzollt.

Sumatra - Umblatt

3. Länge Vollblatt

Nr. 6198 à Pfd. 1.60 $\mathcal{M}$

verzollt.

Java-Umblätter von

1.25-1.80 $\mathcal{M}$ p. Pfd. verz.

Fabrikations-Utensilien

Wickelformen, neue, zu Konventionspreisen
do. gebrauchte, billigst, stets grosses Lager
Formenpressen, solide gebaut, zu 10 Formen,
8, 16, 19 $\mathcal{M}$, ganz aus Eisen 17.50 $\mathcal{M}$
Arbeitsmesser, Schemel, aus bestem Holz, neu
und gebraucht, billigst

Pa. Rollbretter, ast- und rissfrei, von 1.50 $\mathcal{M}$ an

Arbeitsmesser in unerreichter Güte

Hamburger Messer per 10 Stück 2 $\mathcal{M}$

la. Engl. sec. Amlac-Extrakt 2 1/2 $\mathcal{M}$ Pfd.-Dose 4.75 $\mathcal{M}$

Pa. Traganth 2, 2.50, 3 $\mathcal{M}$ per 1/2 kg

Bündelmaschinen 75, 85 $\mathcal{M}$, 1.25, 1.50 $\mathcal{M}$ usw.

Presskästen zu 2 Bund 80 $\mathcal{M}$, zu 4 Bund 1.25 $\mathcal{M}$

Einschlagpapier, blau, per Pfund 17 $\mathcal{M}$

Packlaack per Pfund 25 $\mathcal{M}$

Kisten aus Pappe per 100 Stück 5.60 $\mathcal{M}$

Ringe, geprägte, 20, 25, 30, 35 $\mathcal{M}$ per 100 Stück

Band, 50 Meter von 50 $\mathcal{M}$ an

Etiketten per 100 Stück von 30 $\mathcal{M}$ an

Preis per Kasse mit 3% Skonto von 10 $\mathcal{M}$ an

Man verlange Preisbuch 25. $\mathcal{M}$

Roh-Tabak.

Empfehle zu bekannt billigen Preisen:

Sumatra-Deckbl., braun 255 $\mathcal{M}$

Sumatra-Deckbl., hell 3. Länge 200, 250 $\mathcal{M}$

1. und 2. Länge 320, 420 $\mathcal{M}$

Sumatra-Deckbl., Stüchbl., 1. u. 2. Länge, hell 200, 250 $\mathcal{M}$

Sumatra-Umbl. 155 $\mathcal{M}$

Java-Vorstenland 300, 285 $\mathcal{M}$

Java, grosses leichtes Stüchbl. 150, 155, 165 $\mathcal{M}$

Java-Umblatt und Einlage 100 $\mathcal{M}$, ganz leicht 125, 135 $\mathcal{M}$

St. Felix-Brasil-Decker 190 $\mathcal{M}$

St. Felix-Brasil, Umblatt und Decker 140, 160 $\mathcal{M}$

St. Felix-Brasil, Einlage und Umblatt 125, 130 $\mathcal{M}$

Carmen, Einlage und Umblatt 95, 100 $\mathcal{M}$

grosses Umblatt 110, 120 $\mathcal{M}$

Domingo-Umblatt 95, 100 $\mathcal{M}$

grosses leichtbrennendes Umblatt 110 $\mathcal{M}$

Losgut, nur amerif. Tabake, 90, 95, 100 $\mathcal{M}$

Preise per Pfund verzollt, einschließ- lich Verzoll. Versand unter Nachnahme.

Aredit nach Uebereinkunft.

F. Reil, Bremen

Weizenkampstrasse 187.

Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183

Roh-Tabak

Bedarfs-Art.

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl

hellfarb. Stüchblatt 350, 400, 440 $\mathcal{M}$

hellfarb. Stüchblatt à 300, 325, 350, 375, 425, 470, 475, 600 $\mathcal{M}$

mittelfarbiges Sandblatt à 325 u. 350 $\mathcal{M}$

mittelfarbiges Stüchblatt à 250, 260, 280, 300, 350, 375, 400, 450, 475, 500 $\mathcal{M}$

Fein. Stüchbl. à 180, 190, 200, 230 $\mathcal{M}$ fahl

Vorstenland-Decke à 195, 210, 250, 350 $\mathcal{M}$

Java-Decke, große Deckkraft à 250, 300 $\mathcal{M}$

Java 110, 115, 120, 125, 145, 170, 180 $\mathcal{M}$

Mexiko-Deck-Ersatz à 225, 260, 300 $\mathcal{M}$

Brasil à 135, 145, 150, 165, 185, 200 $\mathcal{M}$

Brasil-Decke à 300, 350 $\mathcal{M}$

Carmen à 110, 115, 120, 130, 135, 150, 160 $\mathcal{M}$

Domingo à 110, 115, 120, 140, 145, 170 $\mathcal{M}$

Yara-Cuba, großartige Qual. 350, 400 $\mathcal{M}$

Havanna in Mel. à 300, 350, 400 $\mathcal{M}$

Losgut garant. überfein, kern- artiger Brand, große Deckkraft

gef. u. un. u. Einlage 100 $\mathcal{M}$

Uckermärker la 100 $\mathcal{M}$

Wickelformen, neue, zu Originalpreisen
gebrauchte viele moderne Fassons
soeben wieder eingetroffen

Pressen zu 10 Formen 8, 10, 16 $\mathcal{M}$

mit Rad 19 $\mathcal{M}$, ganz Eisen 26 $\mathcal{M}$

Presskasten zu 1000 Zigarren nur 550 $\mathcal{M}$

Rollbretter 175, 200, Strohholz 300, 400 $\mathcal{M}$

Bündelbäume, verstellbar, nur 125 u. 225 $\mathcal{M}$

Arbeitsmesser v. J. H. Bentzels 20, 30, 35 $\mathcal{M}$

Laok, 8 Stangen 25 und 30 $\mathcal{M}$

Papier, blau, ca. 40 Bogen 20 $\mathcal{M}$, rot 25 $\mathcal{M}$

Band, 50 Meter von 60 $\mathcal{M}$ an

gebraucht, sortiert, Seide, 5 u. 6 $\mathcal{M}$ p. Pfd

Ringe ff. nur 20, 25 $\mathcal{M}$, mit Porträt 45 $\mathcal{M}$

Etiketten von 35 $\mathcal{M}$ per 100 Stück an

Summi Traganth à 175, 200 u. 250 $\mathcal{M}$ p. Pfd

Amlac, engl., in Originalbüch. à Drigpreis

Gebrauchte Arbeitstische, Pressen

Rahmen, Siebe stets am Lager.

Preise per Kasse ohne Abzug.

Versand unter Nachnahme!

nur 300